



Strategische Fehler der Pirateriebekämpfung

Somalia, Peacebuilding und die Notwendigkeit
einer umfassenden Strategie

*Christian Bueger
Jan Stockbrügger
Sascha Werthes*

**INEF-Report
104/2011**

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN


Institut für Entwicklung und Frieden

AUTOREN:

Christian Bueger, Dr., ist Leverhulme Fellow am Greenwich Maritime Institute, London. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die gegenwärtige maritime Piraterie, maritime Sicherheit, die Vereinten Nationen, Peacebuilding, kritische Sicherheitsforschung und politische Soziologie.

E-Mail: cbueger@gmx.de

Jan Stockbrügger, B.A., ist zur Zeit ein Forschungsstudent am African Studies Centre in Leiden. Seit 2007 forscht er regelmäßig in Somaliland. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Entwicklungstheorien, gegenwärtige Piraterie und Konflikt- und Staatsbildungsprozesse am Horn von Afrika, insbesondere in Somalia.

E-Mail: jan.stockbruegger@gmail.com

Sascha Werthes, Dipl.-Soz.-Wiss., Mitglied des Zentrums für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg und Associate Fellow am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Theorie und Praxis der Menschlichen Sicherheit, die Vereinten Nationen (insbesondere die VN-Sanktionspolitik), Security Communities und gegenwärtige Piraterie.

E-Mail: werthes@gmx.de

Projekthomepage: <http://piracy-studies.org>

BIBLIOGRAPHISCHE ANGABEN:

Christian Bueger/Jan Stockbrügger/Sascha Werthes: Strategische Fehler der Pirateriebekämpfung. Somalia, Peacebuilding und die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen (INEF-Report 104/2011).



Impressum

Herausgeber:

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Universität Duisburg-Essen

Logo design: Carola Vogel

Layout design: Jeanette Schade, Sascha Werthes

Cover photo: Jochen Hippler

© Institut für Entwicklung und Frieden

Lotharstr. 53 D - 47057 Duisburg
Phone +49 (203) 379 4420 Fax +49 (203) 379 4425

E-Mail: inef-sek@inef.uni-due.de

Homepage: <http://inef.uni-due.de>

ISSN 0941-4967



Strategische Fehler der Pirateriebekämpfung

**Somalia, Peacebuilding und die Notwendigkeit
einer umfassenden Strategie**

*Christian Bueger
Jan Stockbrügger
Sascha Werthes*

INEF-Report 104/2011

Universität Duisburg-Essen
University of Duisburg-Essen

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Institute for Development and Peace



ZUSAMMENFASSUNG

Christian Bueger/Jan Stockbrügger/Sascha Werthes: Strategische Fehler der Pirateriebekämpfung. Somalia, Peacebuilding und die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen (INEF-Report 104/2011).

Die internationale Gemeinschaft droht mit ihrer bisherigen Strategie zur Bewältigung des Piraterieproblems am Golf von Aden auf vielfältige Art und Weise zu scheitern. Der Report betrachtet die bisher verfolgte Strategie der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der sich in der Diskussion befindlichen Vorschläge zur ihrer Verbesserung. Ein wesentlicher strategischer Fehler scheint in dem bisherigen Versuch zu liegen, Piraterie lediglich im Rahmen einer Abschreckungs- und Eindämmungsstrategie zu bekämpfen, woran auch Vorschläge zur Verbesserung der Koordination und Kooperation in diesem Bereich nichts Essentielles ändern können. Ausgehend von diesem Befund plädieren die Autoren für eine erweiterte perspektivische Betrachtung der Piraterieproblematik. Zum einen müsse Piraterie im somalischen Kontext als „vertracktes“ Problem betrachtet werden; zum anderen sollten Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Bereich des Peacebuildings konstruktiv zur Erarbeitung einer neuen, alternativen Herangehensweise genutzt werden. Die Autoren entwickeln fünf Handlungsszenarien und zeigen, wie die bisherige Strategie zu einer umfassenderen inkrementellen Strategie weiterentwickelt werden könnte.

ABSTRACT

The current strategy of the International Community to deal with Somali piracy runs the risk of failing. By analyzing the current attempts in countering piracy the authors come to the conclusion that one of the fundamental strategic problems is the present narrow-minded focus on deterrence and containment. Alternative (eventually even unconventional) considerations are necessary to complement and enhance strategic thinking in this regard. To understand piracy as a challenge of peacebuilding offers such a possibility to rethink the current strategic perspective and to develop a more comprehensive strategy for countering piracy. In developing and exploring five alternative policy scenarios the authors show how a peacebuilding perspective might enhance and supplement present strategic thinking. By arguing to understand piracy as a 'wicked problem' they illustrate the key elements of pursuing sustainability and efficacy in dealing with Somali piracy.

Inhalt

1.	Einleitung: Der Kampf gegen die Piraterie und die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie.....	5
2.	Das derzeitige Handlungsspektrum der Pirateriebekämpfung.....	8
2.1	Option 1: Moderates militärisches Engagement	8
2.2	Option 2: Strafverfolgung: Rechtliche Mittel.....	10
2.3	Option 3: Eine militärische Intervention	11
2.4	Evaluierung der Optionen.....	12
3.	Schlüsselerfahrungen aus den Peacebuilding-Missionen des 21. Jahrhunderts	15
4.	Optionen für eine umfassende Strategie.....	22
4.1	Die lokale Ebene: somalische Akteure und Institutionen	23
4.2	Die regionale Ebene: regionale Organisationen und Staaten	27
4.3	Inhaftierung überdenken und Piraten re-integrieren.....	31
4.4	Lösegeldmechanismen: die Rolle des privaten Sektors re-evaluieren	33
4.5	Delegitimierungsstrategien: Piraterie und Fisch.....	36
5.	Fazit: Ein strategisches Umdenken ist notwendig.....	37
6.	Literatur	39



1. Einleitung: Der Kampf gegen die Piraterie und die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie¹

Die Geschichte der Seefahrt ist auch eine Geschichte der Piraterie. Piraterie und Raubüberfälle zur See hat es zu allen Zeiten gegeben. Jedoch kann überzeugend argumentiert werden, dass „moderne Piraterie“ eine neue Intensität und Dynamik erreicht hat.² Piraterie hat in der Tat seit dem Ende des Kalten Krieges stark zugenommen und ist heutzutage weiter verbreitet als jemals zuvor.³ Wöchentlich oder sogar täglich werden Schiffe überfallen, ausgeraubt oder entführt. In Südostasien, dem Bengalischen Golf, der Straße von Malakka sowie vor der nigerianischen Küste und am Horn von Afrika sind seit den 1990er Jahren bedeutende Piraterie-Hotspots entstanden. Für verschiedene Beobachter stellt sich Piraterie daher gar als einer der ältesten und beständigsten bewaffneten Konflikte dar; ein de facto Krieg der seit tausenden von Jahren auf den Meeren schwelt (Sekulich 2009: 12). Demzufolge wäre Piraterie als ein Konflikt zu verstehen, zwischen Piraten auf der einen und Matrosen, Fischern, Schiffsfahrts- und Transportgesellschaften oder privaten Sicherheitsfirmen auf der anderen Seite. Hinsichtlich heutiger Erscheinungsformen von Piraterie gilt es jedoch auch nachdrücklich festzuhalten, dass Piraterie nicht nur eine potentielle und reale Bedrohung für das Leben von Seefahrern, Fischern und deren Familien darstellt. Darüber hinaus kann, wie es der Fall der Piraterie vor Somalia verdeutlicht, Piraterie auch Bevölkerungsgruppen, die von humanitärer Hilfe abhängig sind, gefährden oder die politische Situation in bereits fragilen Staaten weiter verkomplizieren beziehungsweise die Staaten selbst weiter destabilisieren.

Obwohl sich die Entwicklung „moderner Piraterie“ bereits in den 1990er Jahren als ein globales Problem abzuzeichnen begann, sind Piraterievorfälle bis vor kurzem trotz allem als ein eher randständiges Problem in der Zuständigkeit der jeweils betroffenen Staaten betrachtet worden. Die Wahrnehmung von

¹ Die Forschung zu diesem Report wurde vom Profilschwerpunkt „Wandel von Gegenwartsgesellschaften“ der Universität Duisburg-Essen unterstützt. Für Kommentare und Anregungen danken wir Basil Germond und Cornelia Ulbert.

² Wir übernehmen die Piraterie-Definition des International Maritime Bureau (IMB), welches im Gegensatz zum Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (United Nations Convention of the Law of the Sea, UNCLOS) nicht zwischen Piraterie und bewaffneten Raubüberfall zur See unterscheidet. Das IMB definiert Piraterie als „[a]n act of boarding or attempting to board any ship with the intent to commit theft or any other crime and with the intent or capability to use force in the furtherance of that act“ (ICC-IMB 2010: 3).

³ Winn und Govern (2008: 132) zum Beispiel datieren den Beginn der modernen Piraterie auf den 19. September 1992, als in der Straße von Malakka zwei schwerwiegende Piraterievorfälle stattfanden.



Piraterie als ein weitgehend lokales Problem, welches in erster Linie als ökonomisches Risiko zu behandeln ist, hat sich jedoch spätestens seit 2007 deutlich geändert. Ausgelöst durch den dramatischen Anstieg der Piraterievorfälle vor der somalischen Küste, wird Piraterie nun wieder als ein zentrales internationales Sicherheitsproblem wahrgenommen (Bueger 2010). Die Bereitschaft zum politischen Handeln ist seitdem kontinuierlich und deutlich gestiegen.

Nicht nur ist Piraterie mittlerweile zu einem regelmäßig thematisierten Gegenstand im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geworden. Auch eine internationale Koordinationsgruppe (the Contact Group on Countering Piracy off the Coast of Somalia) wurde geschaffen, und diverse Flottenverbände operieren unter Federführung der North Atlantic Treaty Organization (NATO; Operation Allied Provider, Allied Protector, Ocean Shields) oder der Europäischen Union (EU; Operation ATALANTA) im Golf von Aden. War man bis vor kurzem noch der Ansicht, dass das Völkerrecht ausreichend entwickelt ist, um Piraterie zu bearbeiten, so hat sich auch hier die Einschätzung geändert. Angesichts der aufgetretenen Koordinations- und Implementierungsschwierigkeiten und dem Mangel an rechtlichen Mitteln und Möglichkeiten, um verdächtigen Piraten den Prozess zu machen, wird sogar die Gründung eines neuen internationalen Strafgerichtshof in Erwägung gezogen.⁴

Piraterie, insbesondere der Fall der somalischen Piraterie, wird nicht mehr als marginales Problem wahrgenommen, sondern als eine klare Bedrohung der internationalen Sicherheit. Trotz dieser neuen Bereitschaft, sich der Piraterie mittels multilateraler Kooperation anzunehmen, sind die zurzeit verfolgten Strategien dennoch äußerst begrenzt. Die bisherigen Aktivitäten konzentrieren sich in erster Linie auf militärische Überwachungs- und Abschreckungsmaßnahmen oder die Verbesserung der strafrechtlichen Verfolgung als solches. Das weite Spektrum an Handlungsoptionen, welches der internationalen Gemeinschaft zumindest theoretisch zur Verfügung steht, wird bislang kaum genutzt.

In diesem Beitrag werden zunächst derzeitige Handlungsstrategien betrachtet und diskutiert. Inwiefern ist das bisherige Engagement zielführend und erfolgreich oder zumindest erfolgversprechend? Ausgehend von dieser Analyse wird argumentiert, dass es vielversprechend scheint, Piraterie auch aus einer Peacebuilding-Perspektive zu betrachten. Ein solcher Schritt ist nicht nur ein rhetorischer, sondern impliziert ein Umdenken. Piraterie als eine Herausforderung für Peacebuilding zu sehen verdeutlicht einerseits, dass das Repertoire an Bearbeitungsansätzen für Piraterie weitaus größer ist, als derzeit angenommen. Andererseits muss konstatiert werden, dass internationale Organisationen gerade im Bereich von internationalen Peacebuilding-Operationen schon über reichhaltige Erfahrungen verfügen, welche im Sinne von *lessons learned* für eine kontinuierliche Fort- und Weiterentwicklung der Strategien und des Instrumentariums in diesem Bereich sorgen. Hier erscheint es vielversprechend und

⁴ Auf Anfrage des Sicherheitsrates hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen einen Report erstellt, der einige Optionen für einen regionalen oder internationalen Strafgerichtshof darlegt (Ki-Moon 2010; siehe auch Andersen/Brockham-Hawe/Goff 2010).

zweckdienlich, diesen Erfahrungsschatz auch für die Bewältigung des Piraterieproblems zu nutzen.

Eine kontinuierlicher Suche nach und Prüfung von alternativen Bearbeitungsstrategien und -möglichkeiten erscheint dringend erforderlich. Denn derzeitige Strategien zeigen zwar Wirkungen, haben aber bisher nicht zu einer nennenswerten Reduzierung von Piraterievorfällen geführt. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass Piraten sich erfolgreich auf internationale Gegenmaßnahmen und Strategien einstellen: Sie verbessern ihre Organisationsstrukturen, vergrößern ihr operationelles Terrain, bauen ihre Taktiken und Informationsnetzwerke aus und verfeinern ihre Navigations- und Kommunikationstechnologien. Selbst für den Fall, dass die internationale Gemeinschaft mehr Ressourcen für ihr derzeitiges Patrouillensystem aufbringen sollte, muss bezweifelt werden, dass solch aufwändige und kostspielige Operationen auf Dauer aufrechterhalten werden können. Geht man zudem davon aus, dass die Piraterie vor Somalia nur ein Fall gegenwärtiger Piraterie ist, dann werden die Erfahrungen am Horn von Afrika fundamental sein, um der Piraterieproblematik zukünftig auch in anderen Teilen der Welt besser begegnen zu können.

Im Folgenden wird zunächst ein Überblick zu den derzeitigen Diskussionen über den Umgang mit Piraterie gegeben. Deutlich wird, dass die politische Debatte stark entlang dreier Optionen verläuft: 1) militärische Überwachungs- und Abschreckungsstrategien, 2) Strafverfolgung sowie 3) eine ausgeweitete Intervention in Somalia. Eine erste kritische Bewertung führt zu einem eher skeptischen und pessimistischen Urteil über diese Optionen. Von daher werden in den folgenden Kapiteln Möglichkeiten, aus dem Spektrum von Peacebuilding-Aktivitäten alternative Handlungsoptionen zu generieren, eruiert. Hierzu werden zunächst wichtige Erkenntnisse aus dem Peacebuilding-Diskurs kurz zusammengefasst, damit diese anschließend für die Entwicklung und Formulierung alternativer Optionen genutzt werden können. Basierend auf bisherigen Lehren und Erkenntnissen wird für die Notwendigkeit einer inkrementellen Strategie plädiert, welche mit dem weiten Repertoire an Peacebuilding-Ansätzen experimentiert. Im Anschluss werden zudem eine Reihe teils unkonventioneller alternativer Handlungsszenarien zum Umgang mit der Herausforderung Piraterie entworfen. Diese strategischen Handlungsszenarien zeigen somit illustrativ auf, wo a) Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten bestehen; b) wie alternative Überlegungen jenseits konventioneller Logiken für eine Erweiterung und Neugestaltung der bisherigen strategischen Ausrichtung formuliert und genutzt werden können und schließlich c) wo die Ansatzpunkte zur Erarbeitung einer umfassenden und inkrementellen Strategieentwicklung zur Bearbeitung der Piraterieproblematik liegen. Denn sofern die internationale Gemeinschaft gewillt ist, sich ernsthaft der Komplexität von Piraterie zu widmen, muss sie beständig neue und alternative Vorschläge entwickeln. Diese müssen zudem kritisch auf ihre Erfolgsmöglichkeiten, ihre Angemessenheit sowie auf ihre potentiell nichtintendierten Folgen hin geprüft und verbessert werden.





2. Das derzeitige Handlungsspektrum der Pirateriebekämpfung

Die steigende Anzahl von Berichten über Piraterievorfälle und das wachsende Medieninteresse haben dazu geführt, dass sich die Debatten über das bisherige Krisenmanagement intensiviert haben. Protagonisten dieser Debatte sind primär drei Arten von Akteuren: Erstens die Opfer, also die Seefahrer und Unternehmer, die über ihre Erfahrungen berichten; zweitens Militärstrategen und drittens Juristen und Rechtstheoretiker. Der akademische Diskurs wird dabei vorrangig durch Sicherheits- und Rechtswissenschaftler geprägt. Während erstere sich vor allem mit Taktiken im Kampf gegen Piraterie beschäftigen, befassen sich Rechtswissenschaftler mit den Unzulänglichkeiten nationaler und internationaler Gesetzgebung, den praktischen Problemen der Strafverfolgung sowie mit Problematiken hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten. Zwei Kernprobleme sind in diesen gegenwärtigen Pirateriediskursen zu beobachten. Dies ist zum einen das fehlende Verständnis für die lokalen Ursachen, Strukturen und Praktiken der Piraten. Zum anderen betrifft dies die (unnötige) Begrenzung des Spektrums von möglichen Lösungsansätzen und Handlungsoptionen.

Betrachtet man zunächst das letztere Problem, so macht ein erster Überblick deutlich, dass in der derzeitigen nationalen und internationalen Debatte lediglich drei Handlungsoptionen in Betracht gezogen werden: Erstens eine Politik der Überwachung und Abschreckung mit (moderaten) militärischen Mitteln. Diese ähnelt der Polizeiarbeit und versucht durch eine verbesserte Überwachung im Rahmen einer sichtbaren Militärpräsenz Piratenangriffe zu verhindern. Zweitens eine Politik der Abschreckung mit rechtlichen Mitteln, welche darauf abzielt, Strafverfolgungsmechanismen aufzubauen und zu stärken und drittens eine stärker militärisch geprägte Option, die versucht, Piraterie aktiv zu bekämpfen, bis hin zu einer Militärintervention, um Piraten an Land zu bekämpfen. Wie stellen sich nun diese Optionen im Detail dar? Offerieren sie ein adäquates Maß an Effektivität und Effizienz? Sind sie politisch nachhaltig oder zumindest langfristig viel- und erfolgversprechend?

2.1 Option 1: Moderates militärisches Engagement

Eine Politik der Überwachung und Abschreckung im Rahmen eines moderaten militärischen Engagements imitiert Polizeiarbeit und basiert auf einer gut sichtbaren Flottenpräsenz sowie einer Überwachung des Golfs von Aden, um mögliche Angriffe zu verhindern oder zu unterbrechen. Die Strategie suggeriert, dass die Überwachung des Seeraums zu einem höheren operativen Risiko für Piraterie führt, und dass daher weniger Schiffe attackiert und entführt werden. Es wird angenommen, dass die Reduzierung der Erfolgswahrscheinlichkeit von Angriffen abschreckend wirkt. Grundlegende Prämisse dieser



Strategie ist, dass Piraten Kosten-Nutzen-Erwägungen hinsichtlich ihrer kriminellen Unternehmungen durchführen.⁵

Diese Politik eines militärischen Engagement wird seit 2008 im Rahmen dreier internationaler Missionen implementiert: die EU-Operation ‚Atalanta‘, die NATO-Operation ‚OceanShield‘ und die von den USA angeführte ‚Combined Task Force-151‘. Die EU- und NATO-Missionen werden dabei zusätzlich von weiteren Staaten unterstützt. Hierzu zählen unter anderem China, Russland oder Indien. Es wird geschätzt, dass zwischen 30 und 40 Kriegsschiffe täglich vor dem Horn von Afrika patrouillieren (Apps 2010). Diese Operationen werden von mehreren UN-Resolutionen autorisiert, beginnend mit der Resolution 1816 (UNSC 2008). Demnach dürfen und sollen Marineeinheiten auch in somalische Hoheitsgewässer eindringen und Piraterie, wenn nötig, auch mit militärischen Mitteln bekämpfen.

Als solches ist diese Strategie im Wesentlichen defensiv und ihre militärischen Mittel sind dementsprechend moderat. Gewalt wird meistens nur zu Selbstverteidigungszwecken angewendet. Basierend auf der Resolution 1816, sind diese Maßnahmen, „[...] not limited to boarding, searching and seizing vessels engaged in or suspected of engaging in acts of piracy [...]“ (UNSC 2008: § 7). Die patrouillierenden Marineeinheiten überwachen in erster Linie die Gewässer am Horn von Afrika. Sie suchen und zerschlagen Piratengruppen. Wenn notwendig verteidigen sie Handelsschiffe und Fischerbote gegen Angriffe von Piraten und nehmen diese nach Möglichkeit gefangen. Unterstützt werden diese Aktivitäten durch den International Recommended Transit Corridor (IRTC). In diesem sind Marineeinheiten strategisch positioniert, um Sicherheit zu gewährleisten und Piraten abzuschrecken. Das Maritime Security Center – Horn of Africa (MSC-HOA) verwaltet den Korridor und unterstützt den Informationsaustausch zwischen Handels- und Marineschiffen. Ferner koordiniert der Shared Awareness and Deconfliction (SHADE)-Mechanismus die Marineeinheiten im Golf von Aden, insbesondere das Patrouillensystem im IRTC. Zudem versucht man seit 2009 verstärkt, die somalische Küste zu blockieren und verdächtige Piratenschiffe aufzuspüren, bevor diese die Hochsee erreichen (EU NAVFOR 2010).

Die derzeitige wissenschaftliche und politische Debatte hinterfragt diese Strategien zwar kritisch, tendiert aber dazu, sich auf operationale Handlungsempfehlungen zu beschränken. Dazu gehören vor allem die Erhöhung der Effektivität (durch einen Ausbau der operationellen Kapazitäten) sowie eine Steigerung der Effizienz (insbesondere durch eine verbesserte Kooperation zwischen Marineeinheiten und dem zivilen Schiffsverkehr und durch neue Partnerschaften im Bereich der maritimen Sicherheit). Darüber hinaus wird hier

⁵ Kritisch gilt es hier sicherlich einzuwenden, dass hierbei zum einen intervenierende Variablen wie beispielsweise die katastrophalen Lebensbedingungen in Somalia und der Mangel an alternativen Erwerbsmöglichkeiten nur unzureichend berücksichtigt werden. Zum anderen ist zudem fraglich, ob ein militärisches Engagement alleine die Kosten für Piraterie jemals in einen Bereich steigern kann, in dem die derzeitigen Lösegeldzahlungen nicht mehr verlockend erscheinen.



unter anderem vorgeschlagen, eine regionale Küstenwache einzurichten, neue Taktiken und Strategien zu entwickeln oder eine striktere Blockade der somalischen Küste durchzusetzen (Kraska/Wilson 2009a, b; Struwe 2009). Es wird dabei darauf abgezielt, Monitoring-Kapazitäten durch Präsenz zu erhöhen und die Reaktionszeit auf Piraterievorfälle zu minimieren. Zusammenfassend kann also festgestellt werden, dass derzeitige Strategien und Verbesserungsvorschläge versuchen, Piraterie zu bekämpfen, indem sie das operative Risiko der Piraterie durch Patrouillen erhöhen.

2.2 Option 2: Strafverfolgung: Rechtliche Mittel

Demgegenüber konzentriert sich eine Politik der Eindämmung und Abschreckung mit rechtlichen Mitteln auf den Aufbau und die Stärkung strafrechtlicher Verfolgungsmechanismen. Seit Ende 2008 zeichnet sich zunehmend ab, dass Straffreiheit ein Haupthindernis in der Pirateriebekämpfung ist. Abschreckung kann nicht funktionieren, wenn nicht auch effektive Verfolgungsmechanismen existieren, um Piraten zur Verantwortung zu ziehen. Die unterstellte Logik ist, dass Piratenorganisationen durch das Risiko der Bestrafung und Inhaftierung abgeschreckt werden. Zwar zielt diese Art der Abschreckung nicht auf die Organisationsstrukturen der Piraten direkt ab, jedoch wird unterstellt, dass zumindest die ‚Fußsoldaten‘ hinreichend abgeschreckt werden könnten und sich Piraterieorganisationen daher nicht mehr anschließen.

Die Sicherheitsresolution 1851, welche im Dezember 2008 verabschiedet wurde, fordert Staaten und regionale Organisationen auf, dafür Sorge zu tragen, dass Piraten auch wirklich strafrechtlich verfolgt werden. Die meisten Staaten mit einer Marinepräsenz am Horn von Afrika zeigen jedoch lediglich ein zögerliches Interesse daran, Piraten vor ihren eigenen Gerichten anzuklagen und zu verurteilen. Stattdessen setzen sie auf bilaterale Abkommen, die es ermöglichen, mutmaßliche Piraten an Anrainerstaaten zu überstellen. Diese sollen dann sowohl die Prozessführung übernehmen als auch die Inhaftierung. Solche Vereinbarungen wurden mittlerweile zwischen der EU, Frankreich, den USA und Großbritannien auf der einen Seite und Kenia und den Seychellen auf der anderen Seite abgeschlossen. Die Mehrzahl der verhafteten Piraten wird mittlerweile an die Behörden einer der beiden genannten Staaten überstellt. Hier wurden sie zum Teil bereits angeklagt und verurteilt. Andere Staaten, wie Frankreich, liefern Piraterieverdächtige jedoch auch an Somalia aus, insbesondere an die regionale Regierung von Puntland. Mittlerweile haben die USA, Spanien, Deutschland, Frankreich und die Niederlande damit begonnen, Piraten auch vor ihren eigenen Gerichten anzuklagen. Piraterieverfahren vor europäischen oder amerikanischen Gerichten bleiben jedoch die Ausnahme. Zumeist sind dies Fälle, in denen die betroffenen Opfer ihre eigenen Staatsbürger sind oder in denen Schiffe betroffen sind, welche unter ihrer Flagge segeln.

Die strafrechtliche Verfolgung von Piraten ist ein komplexes Thema mit vielen formaljuristischen und praktischen Fallstricken. Insbesondere die Gesetzeslage auf nationaler Ebene ist derzeit oftmals nicht ausreichend entwickelt, um Piraten anzuklagen und zu verurteilen. Zudem haben nicht alle entsprechenden Staaten und Organisationen Auslieferungsverträge mit Anrainerstaaten abgeschlossen (u. a. Russland). Auch bleibt es zweifelhaft, ob solche Verfahren



internationalen Menschenrechtsstandards genügen (Guilfoyle 2010a). Offensichtlich ist, dass das Rechtssystem in Kenia zudem auch zunehmend überlastet scheint. Dies hat bereits zu einem Auslieferungsstopp von verdächtigten Piraten geführt (BBC News 2010a).

Aufgrund dieser Probleme gibt es eine anhaltende Debatte darüber, wie man existierende rechtliche Instrumente verbessern kann oder ob neue rechtliche Mechanismen geschaffen werden müssen. Aufgrund des fehlenden Willens von Staaten, Piraten vor ihre eigenen Gerichte zu stellen, wird des Weiteren zunehmend argumentiert, dass ein internationales oder regionales Tribunal die einzige Möglichkeit darstellt, um zu garantieren, dass Piraten auch tatsächlich bestraft werden (Andersen/Brockham-Hawe/Goff 2010). Viele Wissenschaftler machen jedoch in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass die internationale Gesetzgebung in ihrer derzeitigen Form durchaus vollkommen ausreichend scheint, um mit Piraterie umzugehen. Es wird stattdessen darauf hingewiesen, dass die Rechtslage in den einzelnen Staaten klarer werden müsse. Eine weitere Überlegung ist, bilaterale Abkommen mit Anrainerstaaten zu stärken und auszubauen. So könnten Piraten zum Beispiel auch an den Jemen oder Tansania ausgeliefert werden (Guilfoyle 2010b). Um zu garantieren, dass Verfahren internationalen Rechts- und Menschenrechtsstandards genügen, wurden unter der Federführung des United Nations Office for Drugs and Organized Crime (UNODC) und des United Nations Development Programme (UNDP) bereits erste Programme in diese Richtung ins Leben gerufen. Diese versuchen, die juristischen Kapazitäten der Anrainerstaaten zu verbessern. Zudem ist geplant, Gefängnisse in Somalia zu renovieren und zu erneuern. Diese Maßnahme betrifft vor allem Puntland und Somaliland, deren Sicherheitskräfte bereits zahlreiche Piraten verhaftet haben. Langfristig zielen diese Bemühungen darauf ab, verurteilte Piraten ins somalische Rechtssystem zu überführen (Guilfoyle 2010a).

2.3 Option 3: Eine militärische Intervention

Während die ersten beiden Optionen auf einer Strategie der Abschreckung durch die Erhöhung des Risikos für Piraten beruhen, ist die dritte Option, welche im derzeitigen Diskurs gehandelt wird, von offensiverer Natur. Ausgangspunkt ist hier die postulierte Notwendigkeit, dass Piraterie auch an Land bekämpft werden müsse. Eine derartige Intervention, welche Bodentruppen oder zunächst nur Luftangriffe miteinschließen könnte, ist seit 2008 im Gespräch.⁶ Die Idee für ein solches Vorgehen speist sich aus den historischen Erfahrungswerten, dass Piraterie nur an Land erfolgreich bekämpft werden könne. James Carafano bringt dies auf den Punkt: „There really isn’t a silver-bullet solution other than going into Somalia and rooting out the bases“ (zitiert nach: Bliss 2009).

Darüber hinaus wird jedoch auch kritisch reflektiert, dass Piraterie am Horn von Afrika nur deswegen floriert, weil in Somalia weder Regierungsstrukturen

⁶ Siehe zum Beispiel die Diskussion unter US Sicherheitsexperten in Bliss 2009.



noch ein Gewaltmonopol existieren. Zumindest in naher Zukunft bestehen nur geringe Aussichten auf die Wiederherstellung eines funktionierenden Staates, welcher die Piraterie an Land eindämmen könnte. Unter diesen Umständen erscheint einigen Beobachtern eine Militärintervention als die einzig sinnvolle und praktikable Lösung, um zu verhindern, dass Piraten über sichere Zufluchtssorte an der Küste Somalias verfügen.

Im Gegensatz zu anderen Optionen, welche auf defensiv orientierten militärischen und juristischen Maßnahmen basieren, ist eine Militärintervention in Somalia eine offensive Strategie, die versucht, das somalische Piraterieproblem direkt anzugehen und zu lösen. Sie zielt darauf ab, nicht nur mittelbar die Symptome der Piraterie anzugehen und zu bekämpfen (die Entführung von Schiffen), sondern auch unmittelbar die Akteure und Infrastruktur selbst zum Ziel der Maßnahmen zu erklären. Solch eine offensive Strategie bedeutet nicht notwendigerweise eine großangelegte Militärintervention in Somalia, sondern kann auch aus gezielten Schlägen gegen Piratenhäfen oder aus gezielten Tötungen der Hintermänner und Anführer bestehen.

Gezielte Luftangriffe oder *hit-and-run*-Taktiken gehören bereits zum Repertoire im Kampf gegen den Terrorismus und wurden bereits in mehreren Ländern angewandt, unter anderem auch in Somalia. Da die Häfen, die Verstecke der Piraten und ihre Anführer weitgehend bekannt sind, könnte diese Strategie recht schnell implementiert werden (Struwe 2009). Zudem scheinen solche Maßnahmen bereits durch die Resolution 1851 abgedeckt, da hier „[...] all necessary measures that are appropriate *in* Somalia [...]“ (UNSC 2008: § 6; Hervorh. d. Verf.) pauschal legitimiert werden. In der Tat gab es bereits einen Fall, in welchem französische Einheiten an Land agiert haben. So verfolgten französische Spezialkräfte im April 2008 Piraten an Land, nahmen diese fest und erlangten einen Teil des Lösegeldes zurück, welches zuvor für die Freilassung der französischen Yacht *Le Ponte* gezahlt worden war (BBC News 2008).

2.4 Evaluierung der Optionen

Sicherlich ist eine großangelegte Militärintervention in Somalia die am wenigsten erfolgversprechende Option. Gerade wenn man die Erfahrungen aus vergangenen Militärinterventionen in dieser Region heranzieht und die Probleme, die sie im Nachhinein verursachten, mitberücksichtigt. Weite Teile Somalias befinden sich *de facto* im Kriegszustand. Das heißt, dass selbst wenn eine Intervention besser als die der 1990er Jahre vorbereitet, geplant und durchgeführt werden würde, dies dennoch einen massiven und gefährlichen Eingriff in den somalischen Konflikt bedeuten würde. Zudem besteht das Risiko, dass eine Intervention zu einer weiteren Eskalation der bereits prekären Situation in Somalia und zu einer Radikalisierung weiter Teile der Bevölkerung führen könnte.

Auch die Effektivität von Luftangriffen erscheint zweifelhaft. Zwar ließe sich die Ernsthaftigkeit der Abschreckungstaktik durch die Androhung harter Bestrafung sicherlich untermauern, jedoch wäre ihr Erfolg keineswegs garantiert. Piratenorganisationen erscheinen sehr flexibel, da sie sich schnell reorganisieren und neue Basen an anderen Orten errichten könnten. Zudem wären auch die menschlichen und materiellen Kosten solcher Maßnahmen bedenklich,



insbesondere mit Hinblick auf zivile Opfer und Schäden. Luftschläge gegen Piraten könnten die lokale Bevölkerung entfremden und somit Piratenorganisationen und ihre Legitimation indirekt stärken.

Es ist daher nicht weiter überraschend, dass das ‚weichere‘ Repertoire an Überwachungs-, Abschreckungs- und Strafrechtsverfolgungsmaßnahmen bislang von der internationalen Gemeinschaft favorisiert wird. Ob diese Maßnahmen zu einem Erfolg führen und ob Piratenangriffe langfristig hierdurch signifikant reduzieren werden können, ist jedoch zweifelhaft. In der Tat gibt es gute Gründe, dass sie dieses Ziel so nicht erreichen werden.

Erstens erscheinen Piraten nicht sonderlich eingeschüchtert oder gar abgeschreckt von der Androhung, verhaftet und verurteilt zu werden. Trotz der Tatsache, dass seit 2010 viele kleinere Piratengruppen zerschlagen, gefangen genommen und ihre Mitglieder verurteilt wurden, hat sich die Anzahl von Piratenangriffen im Vergleich zum Vorjahr sogar noch leicht erhöht.⁷

Zweitens ist es Piratenorganisationen gelungen, ihre Strategien als Reaktion auf die internationalen Maßnahmen zu verbessern und anzupassen. Wie es Middleton formuliert, „ [...] (they) have learned the lessons of being hemmed in by these international navies [...]“ (zitiert nach: Thaaror 2010). Piraten erweitern ihr operatives Terrain kontinuierlich. Sie schlagen mittlerweile bis zu eintausend Meilen (1.600 Kilometer) vor der somalischen Küste zu (Dunlop 2010) und setzen durchaus professionelle Navigations- und Kommunikationstechnologien ein. Da die Ressourcen der Piratenorganisationen durch Lösegeldzahlungen stetig steigen, ist es wahrscheinlich, dass sie ihre Strategien und Techniken auch weiterhin bei Bedarf verbessern können, um den Koalitionsmächten auszuweichen und ihr operatives Terrain auszudehnen.

Drittens muss bedacht werden, dass das Aktionsgebiet der Piraten – eine Fläche von mittlerweile ca. 2,5 Millionen Quadratmeilen – zu groß ist, um effektiv überwacht werden zu können. Selbst wenn die Anzahl der See- und Luftpatrouillen deutlich erhöht werden würde, wäre dies noch immer nicht ausreichend, um maritime Sicherheit zu gewährleisten und Handelsschiffe vor Somalia zu schützen. Wie es Mark Flitzgerald, Kommandeur der U.S. Naval Force formuliert: „We could put a World War Two fleet of ships out there and we still wouldn't be able to cover the whole ocean [...]“ (zitiert nach: Entous 2010). Es bleibt fragwürdig, ob eine verstärkte internationale Marinepräsenz am Horn von Afrika das operative Risiko der Piraterie signifikant erhöhen kann.

Viertens besteht eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass Piratenangriffe in dem Moment wieder zunehmen, in dem die Marineüberwachung vor Somalia reduziert wird oder die Einsätze gar beendet werden. Nicht zuletzt aufgrund

⁷ Für das gesamte Jahr 2010 meldete das ICC International Maritime Board 219 Piratenüberfälle. In diesem Zeitraum wurden 49 Schiffe entführt (ICC-IMB 2011: 19). Im Jahr zuvor waren 217 Überfälle und 47 Entführungen gemeldet worden (ICC-IMB 2010: 21). Während die Anzahl der Überfälle im Golf von Aden um 50 % gesunken ist, ist sie im Indischen Ozean und im Roten Meer stetig gestiegen (ICC-IMB 2011: 19).



der hohen Kosten ist es unwahrscheinlich, dass ein Militäreinsatz vor Somalia eine dauerhafte Lösung darstellen kann. Dennoch sind Überwachung und Abschreckung natürlich wichtige Mittel, um Piraterie kurzfristig einzudämmen. Allerdings sind sie, selbst in verbesserter Form, nicht ausreichend, um Piraterie langfristig zu reduzieren oder zu einer nachhaltigen Lösung des Problems beizutragen.

Eine derartige Bewertung der bisherigen Strategien und diskutierten Maßnahmen erlaubt nur eine Schlussfolgerung: Es gibt eine nicht zu übersehende Notwendigkeit, das Repertoire an Bearbeitungsstrategien für die Piraterieproblematik zu erweitern und auszubauen.

In der Tat könnte der momentane Fokus auf juristische und militärische Lösungen Teil des Problems sein, insofern er andere Perspektiven und die Erarbeitung alternativer Vorschläge behindert und wichtige Erkenntnisse aus den umfangreichen Erfahrungen mit internationaler Interventionen im 21. Jahrhundert verdeckt. Dies betrifft insbesondere die Frage nach nachhaltigen Lösungen und Rückzugsstrategien. Derartige Strategien, die darauf abzielen, die Symptome der Piraterie auf dem Meer zu bekämpfen, verfolgen kurzfristige Ziele und wollen schnelle Resultate und Effekte erreichen. Mittel- oder sogar langfristigen Szenarien können sie jedoch nicht Rechnung tragen. Auch gehen sie nicht ausreichend auf die lokalen Verhältnisse ein, in denen Piraterie entsteht und in denen Piratenorganisationen operieren.

Die potentiellen Konsequenzen einer Strategie, die sich hauptsächlich auf die Behandlung von Symptomen und die Erreichung kurzfristiger Ziele konzentriert, sind im Kontext des internationalen Krisenmanagements weitläufig bekannt. Wenn es eine Lehre gibt, die man aus Interventionen in Ländern wie Afghanistan, Irak oder dem ehemaligen Jugoslawien gelernt hat, dann ist es die, dass es problematisch ist, kurzfristige Sicherheitsprioritäten von langfristigen Stabilisierungs- und Entwicklungszielen zu trennen. Es erscheint überraschend, dass solche Erkenntnisse nicht offen anerkannt werden und in die Ansätze zur Bearbeitung des Piraterieproblems einfließen. Sogar die Europäische Union, ansonsten führend in der Umsetzung ganzheitlicher Ansätze, verfolgt eher kurzfristige Ziele. In ihren Bemühungen, Piraterie einzudämmen, stützt sie sich letztlich primär auf juristische und militärische Maßnahmen. Während dies zum einen mit der Suche nach einer europäischen Sicherheitsidentität, als auch zum anderen mit Blick auf Europas geostrategischen Ambitionen erklärt werden könnte (Germond/Smith 2009), so ist es – das zeigt die Erfahrung – sicherlich kein vielversprechender und nachhaltiger Bearbeitungsansatz.

Zusammenfassend ergibt sich, dass vor dem Hintergrund derzeitiger Debatten alternative Bearbeitungsansätze und Vorschläge notwendig sind, um die bereits existierenden Strategien sinnvoll zu ergänzen und zu komplementieren. Denn selbst wenn die internationale Gemeinschaft wesentlich mehr Ressourcen aufbringen würde, bleibt es zweifelhaft, ob innerhalb des derzeitigen Spektrums eine nachhaltige Bearbeitungsstrategie für das Piraterieproblem gefunden werden kann. Gerade vor diesem Hintergrund lohnt es sich, bisherige Erfahrungen und *lessons learned* aus dem Bereich von Peacebuilding-Aktivitäten einmal näher in den Blick zu nehmen. Dies scheint ein vielversprechender Bereich zu sein, vor dessen Hintergrund die bisherigen Strategien und Maßnahmen sinnvoll perspektivisch erweitert werden können.

3. Schlüsselerfahrungen aus den Peacebuilding-Missionen des 21. Jahrhunderts

Es ist weithin akzeptiert, dass internationale Hilfe in kriegszerrütteten Ländern nicht allein auf militärische Instrumente zurückgreifen sollte, sondern dass diese mit Maßnahmen kombiniert und koordiniert werden müssen, die darauf abzielen, Gesellschaften, Regierungsstrukturen und Ökonomien zu transformieren. Peacebuilding ist eines jener Konzepte, mit denen dieses umfassende Repertoire an Ansätzen erfasst und organisiert wird. Wiederbelebt aus den Arbeiten von Friedensforschern in den 70er Jahren (u. a. Galtung 1975), hat dieses Konzept eine bemerkenswerte Karriere hinter sich (Barnett et al. 2007). Der Peacebuilding-Diskurs beinhaltet ein Repertoire an Ansätzen und Einsichten. Mit diesen könnte eine umfassend angelegte und besser integrierte Strategie zum Umgang mit Piraterie konzeptualisiert werden. Eine entsprechende andersartige Betrachtung von Piraterie, nicht mehr im Sinne eines Abschreckungsproblems, sondern vielmehr als Peacebuilding-Problem, eröffnet ein erweitertes Wissensfeld, auf dem eine Strategie der Pirateriebekämpfung aufbauen kann. Die Einsichten und Erkenntnisse, die aus internationalen Interventionen gewonnen werden können, enthalten somit wertvolle Hinweise, um das Piraterieproblem umfassender anzugehen.

Wieso Friedensoperationen erfolgreich sind und weshalb sie scheitern, ist Gegenstand einer anhaltenden und oftmals eher scholastischen Kontroverse. Nicht all diese Debatten sind an dieser Stelle relevant. Die folgende Zusammenfassung einiger der wichtigsten Peacebuilding-Erkenntnisse erfolgt daher nicht mit dem Anspruch, einen umfassenden Überblick zum Stand der Peacebuilding-Forschung zu leisten, sondern dient vielmehr dem Zwecke die Aufmerksamkeit auf die Bereiche zu lenken, welche zur Bearbeitung von Piraterie relevant sein könnten. Dies geschieht letztlich mit dem Ziel, den Blick auf ein nun erweitertes Spektrum von Optionen im Umgang mit Piraterie zu richten und hierdurch eine Grundlage zu schaffen, auf der Schlüsselemente einer alternativen Handlungsstrategie identifiziert und im Sinne von Handlungsszenarien entworfen und ausgearbeitet werden können.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse des Peacebuilding-Diskurses ist die Beobachtung, dass in vielen Ländern gewaltsame Konflikte wieder ausbrechen, sobald die internationale Aufmerksamkeit sinkt und der Zufluss an Ressourcen reduziert wird. Das Weltbank-Team um Paul Collier kommt sogar zu dem Schluss, dass ungefähr die Hälfte aller Länder innerhalb von fünf Jahren nach einer Friedensoperation wieder in einen Zustand gewaltsamer Auseinandersetzungen zurückfallen (Collier et al. 2003). Peacebuilding verfolgt das Ziel, solche Rückfälle zu verhindern, indem nach nachhaltigen Bearbeitungsmöglichkeiten gesucht wird.

Peacebuilding war ursprünglich eng assoziiert mit technischer Hilfe, die den Wiederaufbau von staatlichen Institutionen unterstützen sollte. Damit waren vorrangig der Aufbau demokratischer Strukturen und die Schaffung von Staatlichkeit gemeint. Der Fokus lag auf einer funktionierenden Exekutive, einer modernen Bürokratie, effizienten Sicherheitsstrukturen, einem Rechtsstaats-





tem, einer autonomen Zivilgesellschaft und einer funktionierende Marktwirtschaft. Dieser Peacebuilding-Konsens (Richmond 2004), wonach von Kriegen zerrüttete Gesellschaften nach dem modernen, liberalen und westlichen Staat modelliert werden sollen, ist mittlerweile auf breite Kritik gestoßen. Misserfolge, Mängel und Herausforderungen des Modells sind in der Literatur bereits gut aufgearbeitet worden. Wie von Roland Paris (2010: 347) eloquent zusammengefasst, beinhalten diese:

- Ungenügende Aufmerksamkeit für lokale institutionelle Bedingungen zur erfolgreichen Demokratisierung und Vermarktlichung;
- Ungenügende Berücksichtigung der Spannungen und Widersprüche zwischen den unterschiedlichen Zielsetzungen von Peacebuilding;
- Unzureichende strategische Koordination zwischen den zahlreichen Akteuren, die an Missionen beteiligt sind;
- Ein Mangel an politischem Willen und Aufmerksamkeit unter Sponsoren von Peacebuilding-Aktivitäten, die Aufgaben zu Ende zu führen und ausreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen;
- Ungeklärte Spannungen zwischen den militärischen und nicht-militärischen Teilnehmern an Operationen;
- Begrenztes Wissen über die distinktiven lokalen Bedingungen und Unterschiede in den Zielgesellschaften und hiermit einhergehend unzureichende lokale *Ownership* bei der strategischen Ausrichtung der Operationen;
- Fehlende Erfolgskriterien, um bestehende konzeptuelle Herausforderungen erfassen und Strategien entwickeln zu können, damit eine Operation erfolgreich abgeschlossen werden kann.

Piraterie als ein Peacebuilding-Problem zu begreifen, bedeutet diese Schwierigkeiten zur Kenntnis zu nehmen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Es wäre heutzutage illusorisch und naiv, einfach dem Peacebuilding-Enthusiasmus der 1990er Jahre zu folgen, der davon ausging, dass externe Akteure ein Land wie Somalia problemlos nach dem Modell des westlichen Verfassungsstaates transformieren können. Die Erfahrungen aus vergangenen Friedensmissionen zeigen, dass es wenig Anlass für einen solchen Optimismus gibt. Es hat sich vielmehr klar herauskristallisiert, dass nicht Wunschenken, sondern ein kontextsensibler, pragmatischer Inkrementalismus die richtige Strategie ist, um Gesellschaften langfristig zu transformieren und zu stabilisieren. Existierende Abschreckungsstrategien sollten daher nicht mit optimistischen und überambitionierten Peacebuilding-Visionen komplementiert werden, sondern Teil einer inkrementellen Peacebuilding-Strategie werden, welche Abschreckungstaktiken und andere Instrumente kreativ miteinander kombiniert. Was bedeutet eine „inkrementellen Strategie“ und welche der Peacebuilding-Erkenntnisse sind relevant für die Bewältigung des Piraterieproblems?

Erstens ist eine Auffassung von Planung notwendig, die sich von technokratischem Denken distanziert, sich zu Komplexität bekennt, Spannungen, Gegensätze und Zielkonflikte würdigt und eine Strategie verfolgt, die versucht, kreative Wege zu gehen. Krieg, Konflikt und Frieden sind diffizile Probleme, die sich nicht durch simple bürokratische Planungsansätze bearbeiten lassen.



Sie sind, um einen Begriff aus der Planungstheorie zu übernehmen, *wicked problems* (Rittel/Webber 1973). Peacebuilding erfordert Planung für komplexe Probleme. Also eine Planung für Probleme, die aus einem beinahe nicht zu überblickenden Konglomerat von Akteuren, Interessen, und komplexen Strukturen, Gegensätzen und Konflikten bestehen. Einfache und vor allem inflexible Bearbeitungsansätze sind hier selten vielversprechend.

Technokratische Ansätze beginnen mit der Formulierung von idealisierten Zielen. So wie das Ziel, Somalia in einen modernen Nationalstaat zu verwandeln, oder eben Piraterie vollständig zu beseitigen. Sie basieren auf der Idee, dass solche Ziele erreicht werden können, indem die besten, das heißt die effektivsten und effizientesten Lösungen, identifiziert werden. Während langfristige Ziele oft eindeutig scheinen, bleiben kurz- und mittelfristige Ziele oft unklar oder widersprechen sich sogar. Jegliche Strategien bergen zudem nicht-intendierte Konsequenzen. Dies gilt im besonderen Maße für kurzfristige Ziele. Die Ziele und Strategien einer heterogenen Gemeinschaft von Peacebuilding-Akteuren widersprechen sich häufig aus Prinzip. Militärische Akteure priorisieren Sicherheitsmaßnahmen. Für Entwicklungsakteure sind dagegen effektives Regieren und Armutsreduzierungsprogramme entscheidend. Humanitäre Agenturen wiederum versuchen humanitäre Räume zu schaffen, die von anderen Interessen verschont bleiben. Zudem ist oftmals unklar, welche Mittel am besten geeignet sind, um ein Ziel zu erreichen. In der Tat ist es nicht leicht, objektive Kriterien zu entwickeln, nach denen über die beste Bearbeitungsstrategie entschieden werden kann.

Inkrementelle Strategien beginnen daher mit der Ausarbeitung eines Spektrums an Problembearbeitungsmöglichkeiten. Wie Rittel und Weber es fassen: „In order to *describe* a wicked problem in sufficient detail, one has to develop an exhaustive inventory of all conceivable *solutions* ahead of time“ (ebd. 1973: 161, Hervorh. im Original). Da es keine universalen Kriterien gibt, nach denen Bearbeitungsmöglichkeiten im Sinne einer Problemlösung gefunden werden können, sind Entscheidungen über Strategien nicht allein eine Sache des Wissens (*episteme*), sondern eine Sache pragmatischen Überlegens und Ermessens (*phronesis*). Mit anderen Worten könnte jede neue Idee für eine Bearbeitungsstrategie ein ernsthafter Kandidat für eine bessere Lösung sein. Inkrementelle Strategien erfordern daher auch die Fähigkeit, ‚exotische‘ Bearbeitungsmöglichkeiten schätzen zu lernen und derartige Optionen, sofern sie vielversprechend erscheinen, auszuprobieren. Der Wert inkrementeller Strategien ist bereits umfangreich in der Planungstheorie, der Politikfeldforschung und in der Entwicklungsforschung aufgearbeitet worden (Flyvbjerg 2001; Lindblom 1990; Easterly 2006). Auch im Feld des Peacebuilding ist eine allgemeine Tendenz hin zu solch einem strategischen Denken zu beobachten. Ein Beispiel sind neuere Strategien der Aufstandsbekämpfung, welche versuchen, mit gewaltsamen Akteuren wie den Taliban in Afghanistan zu verhandeln.

Zweitens versteht man Lösungs- und Bearbeitungsansätze nicht rein technologisch. Diese Perspektive hebt den politischen Charakter von Maßnahmen hervor. Jedes Vorgehen hat Konsequenzen und keine gewählte Strategie birgt für alle involvierten Parteien gleichermaßen viele als positiv erachtete Folgen. Politische Entscheidungen sind ein Teil von Machtspielen und produzieren Gewinner und Verlierer. Anders formuliert, Politiken werden den Widerstand



der Verlierer hervorrufen und gleichzeitig die Machtposition Anderer stärken. Strategien, die nicht auf einer detailreichen und breitangelegten Analyse von Machkonstellationen basieren und in Betracht ziehen, wie eine Maßnahme diese beeinflusst, riskieren bestehende Konflikte zu verschlimmern (Flyvbjerg 2001; Woodward 2007). Lokale Repräsentanten auszuschließen oder bestimmte Akteure als ‚Störenfriede‘ zu brandmarken, kann zu neuem Konfliktpotential führen und somit Konfliktmanagement behindern oder gar den gesamten Friedensprozess gefährden. Anstatt Akteure auszuschließen, sind daher Strategien zu bevorzugen, die diese integrieren und somit Widerstand vermeiden und allgemeine Zustimmung erzielen.

Für den Fall der Piraterie erfordert dies eine Neu Beurteilung von Akteuren, die als Unterstützer der Piraterie gelten, genauso wie von Piratenorganisationen selbst. In seiner juristischen Definition ist Piraterie kriminell, der Pirat ein Krimineller und derjenige, der Piraten hilft, ein Komplize.⁸ Nach der juristischen Definition ist Piraterie eine auf Eigeninteresse beruhende und profitgetriebene Aktivität, die keine politischen Ziele verfolgt. In der Praxis ist es jedoch oftmals schwer, zwischen politischen und apolitischen Organisationen zu unterscheiden. Dies wird nirgendwo deutlicher als in Fällen von bewaffnetem Raubüberfall zur See vor der Küste Nigerias. Diese werden in der Regel nicht formell als Piraterie angesehen, da die darin involvierten Organisationen politische Ziele und Motive vorgeben (Arowosegbe 2009; Ukiwo 2007). Bis jetzt liegen keine ernstzunehmenden Beweise vor, die darauf hindeuten, dass somalische Piraten politische Ziele verfolgen. Im Prinzip könnten sie diese jedoch für sich beanspruchen. Jedoch könnte man unkonventionell durchaus argumentieren, dass Piratenorganisationen in Somalia tatsächlich politische Akteure sind, da sie Teil lokaler Regierungs- und Sozialstrukturen sind und aufgrund der Tatsache, dass sie Teilen der Bevölkerung öffentliche Güter zur Verfügung stellen; zum Beispiel, indem sie einen Teil ihrer Profite an ihre Familien und Klans weitergeben (Hansen 2009: 25 ff.).

Wenn man Piraterie als eine bestimmte Form der organisierten Kriminalität interpretiert, dann konzentriert man sich meistens auf die ökonomischen (privat-profitgetriebenen) Aspekte einer solchen Unternehmung. Andere Erklärungen werden dabei oftmals ignoriert. Dazu gehört die politische Interpretation, welche hervorhebt, dass Regierungsstrukturen innerhalb von Staaten durchaus von illegalen Akteuren getragen werden können oder die soziologische Interpretation, die die Idee von schwachen und besonders marginalisierten Gruppen betont, welche sozial, politisch und ökonomisch von der Gesellschaft ausge-

⁸ Es gibt allerdings eine anhaltende Debatte darüber, wie das internationale Seerechtsübereinkommen in dieser Hinsicht interpretiert werden soll. Für einige deutet die Definition von Piraterie als ‚privater‘ Akteur auf ökonomische Motive hin, während andere vornehmlich auf die Aktivitäten ‚nichtstaatlicher Akutere‘ verweisen. Siehe die Diskussion in Azubuike (2009), Kontrovich (2004) und Treves (2009).

geschlossen sind, die nach Schutz und Sicherheit streben und denen lediglich illegale Märkte offenstehen.⁹

Um inkrementelle Peacebuilding-Strategien zu entwerfen, ist es daher wichtig anzuerkennen, dass Piratenorganisationen Teil von politischen Machtkonstellationen in Somalia sind, und dass sie in einen interaktiven politischen und sozialen Kontext eingebettet sind. Anders formuliert, Piratenorganisationen sollten genauso als Teil der Lösung, wie auch als Teil des Problems gesehen werden.

Drittens, wie bereits durch die Betonung der Analyse von Machtkonstellationen deutlich wurde, muss jede Strategie auf einer breiten Wissensbasis aufbauen. Dies schließt insbesondere auch lokales Wissen mit ein. Peacebuilding-Operationen wurden vielfach von generischen Kausalannahmen, strategischen Vorlagen und verallgemeinerten *best practices* geleitet. Unzureichende Aufmerksamkeit gegenüber lokalen Institutionen und ein geringes Wissen über lokale Verhältnisse und Variationen innerhalb einer Gesellschaft, wurden bereits als Hauptprobleme von Peacebuilding identifiziert (Poulligny 2006). Dies kann auf viele Ursachen und Gründe zurückgeführt werden. Manjikian (2008) argumentiert zum Beispiel, dass die Politik von Geldgebern und internationalen Organisationen auf einem Krankheitsnarrativ aufbaue, welches suggeriert, dass die existierenden Strukturen in einem Land als ‚krank‘ einzustufen sind und davon ausgeht, dass sie ausschließlich von der internationalen Gemeinschaft, dem ‚Arzt‘, geheilt werden kann, nicht aber durch den Patienten selbst. Poulligny (2006) erklärt diese unzureichende Aufmerksamkeit mit der Tendenz innerhalb der internationalen Gemeinschaft nach Strukturen zu suchen, die denen westlicher Gesellschaften entsprechen. Vennesson und Bueger (2010: 21 ff.) wiederum beziehen sich auf die Arbeit von Albert Hirschmann und argumentieren, dass die internationale Gemeinschaft eine Strategie der Vornotwendigkeit verfolgt, welche die Fragilität lokaler Kontexte nicht als Möglichkeit zur Transformation betrachtet, sondern als ein Problem, das beseitigt werden muss, *bevor* eine bedeutsame Transformation der Gesellschaft beginnen kann. Mit anderen Worten werden fragile, scheiternde oder gescheiterte Staaten, so wie Somalia, oftmals als ‚leere Hüllen‘ behandelt, in denen nur Chaos vorherrscht und in denen keine sinnvollen Institutionen oder Ordnungen existieren.

Erkenntnisse aus der Anthropologie und aus historischen Studien widerlegen jedoch solch ein Verständnis. So zeigt zum Beispiel Leeson (2009), mit Verweis auf den Fall des anglo-schottischen Grenzgebiets im 16. Jahrhundert, dass zwei soziale Gruppen, die sich im Kriegszustand miteinander befinden, trotzdem ein Gewohnheitsrecht entwickeln, welches absolutes Chaos verhindert. Auch unter Bedingungen von Feindschaft kann somit ein effektives Rechtssystem entstehen. Studien zu so genannten hybriden Ordnungen, welche neben dem Staat entstehen, argumentieren ähnlich, dass informelle, traditionel-

⁹ Murphy (2009: 125) macht diesen Punkt, wenn er argumentiert, dass diese Erklärungen sich nicht gegenseitig ausschließen. Beide reflektieren wahrscheinlich einen Teil der Wahrheit. Siehe hierzu auch Schmid (1996: 42, 44).





le und lokale Autoritäten oftmals wichtige Regierungsdienstleistungen bereitstellen und daher über ein hohes Maß an lokaler Legitimität verfügen. Oftmals bilden sie in der Tat den Kern von stabilen und friedlichen politischen Prozessen (Bellagamba/Klute 2008; Englebert/Tull 2008). Derartige Autoritäten können durchaus auch in illegalen und kriminellen Netzwerken gesehen werden. Unterminieren manche illegale Netzwerke den Staat und lokale Regierungsinstitutionen, so sind andere in diese Strukturen eingebunden und können sogar einen wesentlichen Beitrag zur lokalen oder regionalen Stabilität leisten. Wieder andere können als die letzten verbliebenen verlässlichen sozialen Strukturen überhaupt betrachtet werden. Verwurzelt in bestimmten sozialen und ethnischen Gruppen sowie mit Verbindungen zu staatlichen Institutionen und Ressourcen, unterstützen diese Netzwerke lokale Bevölkerungen in Krisenzeiten. Sie bilden alternative ‚Regierungssysteme‘ oder stellen Kanäle für die Umverteilung von Ressourcen bereit. So demonstriert zum Beispiel Rodgers (2006) am Fall von Nicaragua, wie kriminelle Netzwerke für einige Teile der Bevölkerung ein Sicherheitsrisiko darstellen, während sie für andere Teile funktionierende Ordnungs- und Regierungssysteme bereitstellen und das kommunale Leben organisieren. Kriminelle Netzwerke zu bekämpfen, kann daher zum Vorteil der einen und zum Nachteil der anderen sein. Dies kann zu sozialen und politischen Unruhen führen. Das Resultat könnte somit mehr Chaos und Unsicherheit für alle Beteiligten bedeuten.

Wichtige Erkenntnisse der Peacebuilding-Debatte sind demnach, dass die multiplen und gegensätzlichen Auswirkungen, die Interventionen in einem lokalen Kontext verursachen können, vorsichtig gegeneinander abgewogen werden müssen. Auch Strategien gegen Piraterie sollten daher auf detaillierten Studien lokaler Kontexte beruhen. Da in weiten Teilen Somalias kein formeller Staat existiert, sollte der Fokus hierbei insbesondere auf informellen Institutionen liegen sowie auf regionalen und lokalen Gewohnheitsrechten. Ein inkrementeller Ansatz impliziert nicht nur die Notwendigkeit, lokale Komplexitäten und informelle Regierungsstrukturen zu verstehen, sondern erfordert auch Überlegungen, wie man auf diesen aufbauen und mit ihnen zusammenarbeiten kann.

Viertens beinhaltet eine Zusammenarbeit mit vor Ort gegebenen Akteuren, Institutionen und Strukturen auch, ihnen *Ownership* zu geben. Das heißt, dass ihnen wichtige Entscheidungskompetenz bezüglich der strategischen Richtung sowie der täglichen Aktivitäten und Operationen übertragen werden. Das Fehlen von *Ownership* wurde bereits als ein Haupthindernis für den Erfolg von Peacebuilding-Missionen identifiziert. Lokale *Ownership* hat zwei Kernfunktionen: Sie hilft, die Legitimität von Politiken zu garantieren und führt zu mehr Übereinstimmung und weniger Widerstand; zweitens trägt sie dazu bei, dass Programme besser auf die alltäglichen Probleme der Bevölkerung zugeschnitten sind. Die Paris-Deklaration zur Effizienz der Entwicklungshilfe von 2005 hat unterstrichen, dass *Ownership* ein wichtiges Mittel ist, um die Effektivität und die Effizienz von Entwicklungshilfe zu steigern. Während *Ownership* sich in klassischen Entwicklungshilfekontexten im Wesentlichen auf die Unterstützung nationaler Budgets bezieht, bleibt umstritten, wie das *Ownership*-Konzept im Kontext von Kriegsgesellschaften umgesetzt werden kann (Donais 2009; Goodhand/Sedra 2010). Unter solchen Umständen sind staatliche Regierungen



oftmals eine von mehreren legitimen Konfliktparteien innerhalb komplexer Machtkonstellationen. Daher muss *Ownership* auch auf andere lokale Autoritäten und Institutionen verlagert werden. Zudem ist hierbei oft die Planung und Implementierung von Programmen über einen breit angelegten gesellschaftlichen Dialog anzustreben (Goodhand/Sedra 2010). Eine gründliche Analyse, die versucht herauszufinden, wie und an welche zentralen und lokalen, formellen und informellen Autoritäten *Ownership* delegiert werden kann, ist eine notwendige Grundvoraussetzung. Eine umfassende und zugleich inkrementelle Strategie muss nicht nur berücksichtigen, welche (lokalen) Akteure Teil der Strategie sein könnten, sondern auch wie man ihnen Verantwortlichkeiten für Planung und Implementierung übertragen kann.

Fünftens, hat die Paris-Deklaration von 2005 nicht nur einem Konsens über *Ownership* etabliert, sondern auch die Notwendigkeit herausgearbeitet, Strategien besser zu harmonisieren und zu koordinieren. Gute Koordination als ein Kriterium für Erfolg ist in Peacebuilding-Studien gut dokumentiert. Auch im Fall der Piraterie wird oftmals darauf hingewiesen, dass Strategien besser koordiniert werden müssen, um ihre Effizienz zu steigern. Allerdings ist dem Ruf nach besserer Koordination mit einiger Vorsicht zu begegnen. Wie bereits diskutiert, erfordern inkrementelle Strategien, von der Idee Abstand zu nehmen, dass die eine beste Lösung für ein Problem gefunden werden könne. Ein zentralisierter Plan, der die heterogenen Interessen, Ziele und Aktivitäten aller Beteiligten koordinieren könnte, ist illusorisch. Bessere Koordination kann Zielkonflikte zwar mindern, diese aber nicht völlig auflösen. Um ein paar Beispiele für Zielkonflikte aus den Strategien gegen die Piraterie anzuführen: Programme die darauf abzielen, die Haftbedingungen von verurteilten Piraten zu verbessern, wirken Bemühungen entgegen, den Abschreckungseffekt durch Bestrafung zu maximieren. Die Etablierung eines internationalen Tribunals für die strafrechtliche Verfolgung der Piraterie widerspricht Selbstregierungs- und Staatsbildungszielen. Die Zahlung von Lösegeldern, um die Freilassung von Geiseln und die Sicherheit von Seemännern zu garantieren, läuft dem Ziel entgegen, die Ressourcen der Piraten zu beschränken. Und nicht zuletzt könnten Maßnahmen im Kampf gegen den Terror auch gegen Gruppen gerichtet sein, die die Piraterie de facto unterdrücken.

Harmonisierung und Koordination sollten daher darauf ausgerichtet sein, Spannungen und Gegensätze zwischen den Zielen, Strategien und Akteuren, insbesondere militärische und nicht-militärische, zu erkennen und zu würdigen. Sich einfach nur auf mehr Koordination zu konzentrieren, wird nicht helfen, Konflikte und Hindernisse zu beseitigen. Nichtsdestotrotz kann ein Koordinationsdialog die Auswirkungen von sich widersprechenden Teilzielen und Strategien mindern und die Reflexivität gegenüber den nicht-intendierten Effekten einzelner Strategien erhöhen. Im Wesentlichen geht es bei Koordination darum, Informationen darüber auszutauschen, wer was, wann und wie macht. Also darum, Interpretationen bezüglich des Verhaltens, der Einstellung und den Zielen lokaler Akteure auszutauschen sowie darum, ein umfassendes Repertoire an potentiellen Problemlösungen zu entwickeln. Aus einer inkrementellen Perspektive wird Koordination dann erfolgreich sein, wenn der Frage Aufmerksamkeit geschenkt wird, welcher internationale oder lokale



Akteur am besten gerüstet ist, um ein spezifische Problem zu bearbeiten. Dies betrifft gegebenenfalls eben auch die Frage nach einem selektiven Rückzug.

Zusammengefasst können aus den Erfahrungen und Erkenntnissen internationaler Friedensmissionen fünf zentrale Prämissen und Schlussfolgerungen für eine inkrementelle Strategie entwickelt werden:

- Es ist nicht möglich, die eine bestmögliche Strategie für den Umgang mit Piraterie zu identifizieren. Piraterie ist ein ‚vertracktes‘ Problem. Um gut informierte Entscheidungen und Urteile treffen zu können, muss ein weites Spektrum an Lösungsansätzen untersucht werden.
- Strategische Aktivitäten sind keine unpolitischen technokratischen Prozeduren, sondern Interventionen in politische Konstellationen, die Gewinner und Verlierer produzieren. Eine sorgfältige Analyse von Machtkonstellationen ist notwendig.
- Die Komplexität des lokalen Kontexts muss anerkannt und lokale Autoritäten und Institutionen identifiziert werden.
- Lokale Autoritäten und Institutionen sind wichtige Ressourcen für politische Maßnahmen. Problemlösungen sollten mit ihnen gemeinsam entwickelt und *Ownership* auf sie übertragen werden.
- Politische Richtlinien und Strategien werden sich widersprechen und Spannungen erzeugen. Koordination ist wichtig für die Reflexion von Gegensätzen, wird diese aber letztlich nie völlig auflösen können.

4. Optionen für eine umfassende Strategie

Im Folgenden bilden diese Prämissen und Schlussfolgerungen eine Basis für die Suche nach alternativen und ergänzenden Handlungsoptionen für eine umfassende und inkrementelle Strategie im Umgang mit dem somalischen Piraterieproblem. Nachdem die Bearbeitung eines ‚vertrackten‘ Problems ein Inventar an allen erdenklichen Lösungen erfordert, ist nachfolgend beabsichtigt, zur Erstellung eines solchen Portfolio beizutragen. Da bereits zahlreiche Bemühungen und Vorschläge vorgebracht wurden, wie militärische Abschreckung, Überwachung und strafrechtliche Verfolgung verbessert werden könnten, liegt der Fokus an dieser Stelle auf der Ausarbeitung von Lösungsansätzen, die bisher weniger Aufmerksamkeit erhalten haben. Ziel ist es nicht, die derzeitige Strategie zu verwerfen, sondern das Repertoire an denkbaren Maßnahmen und Strategien zu erweitern und so zur Entwicklung einer ‚klügeren‘ und umfassenderen Strategie beizutragen. Wie im Falle anderer Strategien, so können sich auch die hier erarbeiteten alternativen strategischen Maßnahmen in ihrer Zielausrichtung überlappen oder auch widersprechen. Zusammen mit weiteren bereits existierenden Vorschlägen können sie jedoch helfen, die Elemente für eine breit angelegte und inkrementelle Strategie zu identifizieren.

Diskutiert werden im Folgenden fünf alternative Handlungsoptionen im Umgang mit Piraterie. Der Startpunkt für jede dieser strategischen Handlungsoptionen ist eine Neubeurteilung der Akteure, die Teil des Piratenproblems sind, und die Überlegung, mit wem die internationale Gemeinschaft, wie

und auf welche Art und Weise kollaborieren könnte. Dies betrifft 1) somalische Akteure und Institutionen, 2) regionale Organisationen und Staaten, 3) die verurteilten Piraten, 4) die Schifffahrtsindustrie und 5) die Fischer.

4.1 Die lokale Ebene: somalische Akteure und Institutionen

Obwohl ihre konstitutionelle und politische Legitimität begrenzt ist, war der Hauptansprechpartner der internationalen Gemeinschaft bislang die offizielle Übergangsregierung von Somalia (die Transitional Federal Government, TFG). Ihre Kapazitäten im Kampf gegen Piraterie sind allerdings äußerst limitiert. 2005 in Kenia gegründet, ist sie im Wesentlichen eine Schöpfung der internationalen Gemeinschaft. Schwach, fragil und zerstritten kontrolliert sie, trotz Unterstützung durch Friedenstruppen der Afrikanischen Union, lediglich ein kleines Areal in der Hauptstadt Mogadischu und hat weder die Fähigkeiten, noch die Ressourcen, Piraterie zu bekämpfen (Hansen 2009; siehe auch Menkhaus 2010).

Dementsprechend hat die internationale Gemeinschaft bereits damit begonnen, mit anderen Regierungsinstitutionen zusammenzuarbeiten. Hierzu zählen vor allem die politischen Einheiten in Nordsomalia, die Regierungen von Puntland und Somaliland. Im Gegensatz zur TFG, basieren die Regierungen von Puntland und Somaliland auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens. Auch haben sie es geschafft, rudimentäre aber funktionierende Administrationsstrukturen zu schaffen und – für somalische Verhältnisse – ein recht hohes Maß an Frieden und Sicherheit sowie Recht und Ordnung zu garantieren. Repräsentanten der NATO-Mission ‚Operation Ocean Shield‘ treffen sich regelmäßig mit Vertretern der beiden Regionalstaaten, um Informationen auszutauschen und ihre Aktivitäten zu koordinieren (NATO 2010). UNODC und UNDP leiten zudem ein Programm, das darauf abzielt, die Rechtssysteme in Puntland und Somaliland zu stärken. Hierzu gehört ebenfalls, Gefängnisse zu renovieren, in denen Piraten ihre Haftstrafen verbüßen können (UNODC 2010).

Nichtdestotrotz sind die politischen Strukturen in Somalia komplexer und bestehen aus wesentlich mehr politisch relevanten Akteuren als den Repräsentanten der TFG und der Regionalstaaten Puntland und Somaliland. In weiten Teilen Somalias wird das tägliche Leben durch eine Vielzahl von lokal akzeptierten Autoritäten und Institutionen bestimmt sowie durch verschiedene informelle und kulturell akzeptierte Strukturen, Normen und Regeln.¹⁰

Seit dem Zerfall des somalischen Staates 1991 sind Klanstrukturen, Institutionen und (kulturelle) Praktiken wiederauferstanden und erstarkt. Sie organisieren weite Teile der somalischen Gesellschaft. Klannetzwerke bilden heute den Grundstein jeder politischen Ordnung. Auf der lokalen Ebene regulieren Klanälteste soziale, ökonomische und politische Angelegenheiten. Sie greifen dabei insbesondere auf das traditionelle Gewohnheitsrecht zurück. Auch Unternehmen oder islamische Gruppierungen sind hauptsächlich entlang von Klanlinien organisiert. Klans üben also noch immer (oder wieder) einen großen Einfluss

¹⁰ Hierzu und zum Folgenden siehe auch Elmi 2010, insbesondere Kapitel 3.





auf die somalische Politik aus. Zum Beispiel kooperieren mächtige Geschäftsmänner innerhalb ausgedehnter Klannetzwerke, die es ihnen erlauben, Geschäfte auch über Klan- und Konfliktlinien hinweg durchzuführen. Auch regionale Staaten (Puntland und Somaliland) und politische Parteien beziehen Unterstützung von lokalen Klangemeinschaften an verschiedenen Orten des Landes.

Das Klansystem verbindet also verschiedene Akteure, Interessen und Institutionen. Es bildet daher einen flexiblen Rahmen, durch den lokale Regierungsstrukturen und hybride politische Ordnungen ausgehandelt und produziert werden können. Dies geschieht insbesondere auf Klankonferenzen, auf denen Klanälteste und Vertreter politischer Gruppierungen zusammenkommen und oftmals monatelang Probleme und Konflikte diskutieren, politischen Konsens aushandeln und nach gemeinsamen Lösungen suchen. Sowohl Puntland als auch Somaliland sind aus solch langwierigen *bottom-up*-Prozessen (im Gegensatz zu von oben implementierten *top-down*-Ansätzen) hervorgegangen. Die so entstandenen Ordnungen und Regierungsnetzwerke werden positiv als flexibel beschrieben, während eine negative Konnotation ihre Instabilität und Fragilität hervorhebt. Negativ deshalb, weil sie ständig neu ausgehandelt und transformiert werden müssen und für Manipulation, Korruption und Nepotismus anfällig sind (Menkhaus 2007; Renders/Terlinden 2010).

Nun ist es wichtig zu sehen, dass auch Piraterie Teil dieser hybriden Ordnungen ist und dass lokale Akteure mit Piraten auf verschiedene Art und Weise umgehen. Auch Piraten sind zumeist entlang dieser einflussreichen Klanstrukturen organisiert und stehen dadurch in Verbindung mit oder haben Beziehungen zu lokalen Gemeinschaften, Regierungsvertretern und Geschäftsleuten. Klanälteste und die Repräsentanten lokaler Kommunen bekommen einen Anteil der Lösegelder und beschützen die Piraten im Gegenzug vor dem Zugriff anderer Autoritäten. Auch unterstützen und helfen Piraten ihren Klans in Konflikten mit anderen Klans. Hochrangige Staatsangestellte bekommen oftmals einen Teil der Gewinne aus der Piraterie, während Kaufleute Piraterie finanzieren und profitable Geschäfte mit Piraten abschließen (hierzu u.a. Hansen 2009: 25 ff.; UN Monitoring Group on Somalia 2010: 35 ff.).

Trotz der komplexen Verstrickung sehen durchaus viele somalische Akteure Piraterie als ein Problem. Insbesondere auf lokaler Ebene formieren sich zunehmend politische Bewegungen, um der Piraterie entgegenzutreten. Zum Beispiel versuchen lokale Gemeinschaften vermehrt, der Unsicherheit entgegenzuwirken, die aus Piraterie resultiert (BBC News 2010b). Aufgrund ihrer religiösen Prinzipien ist Piraterie für islamische Gruppierungen eine illegitime Praktik. Auch aus diesem Grund gelang es 2006 den Islamischen Gerichten, Piraterie aus Südsomalia zu verbannen. Und natürlich sind auch viele somalische Geschäftsleute nicht glücklich darüber, dass Piraten in ihrer Region operieren. Einige Geschäftsleute haben bereits lokale Milizen mobilisiert, um ihre Schiffe und ihre Fracht zu befreien. Lokale Schiffe werden daher nur noch selten entführt oder aber sie werden recht schnell und ohne die Zahlung von Lösegeldern (oder gegen ein sehr geringes Lösegeld) wieder freigelassen (Ecoterra Intl. 2010). Auch Somalilands viel gelobter und erfolgreicher Kampf gegen Piraterie, welcher dazu geführt hat, dass Piraten in der Region bisher keinen Fuß fassen konnten, basiert im Kern auf der guten Zusammenarbeit



zwischen lokalen Klans, Milizen und den offiziellen Autoritäten (Hansen 2009: 26 ff.). In Puntland bilden verschiedenste islamische Kleriker, Klanälteste und auch Teile der Regierung eine Allianz gegen die Piraterie. Sie haben bereits öffentliche Kampagnen gegen Piraterie gestartet und es scheinbar geschafft, einige Piraten davon zu überzeugen, sich nicht mehr in diesem Geschäft zu betätigen (Garowe Online 2010).

Die internationale Gemeinschaft muss solche Einsichten in die lokalen Dynamiken der Piraterie stärker berücksichtigen und versuchen zu verstehen, wie informelle Regierungsstrukturen hier am Werke sind. Ein Verständnis der komplexen Verbindungen zwischen Piraten und lokalen Gemeinschaften, sowie Erkenntnisse darüber, wie lokale Gruppierungen mit Piraterie umgehen, wird neue Ideen und lokal akzeptierte Mittel und Wege generieren, die in eine umfassende Strategie gegen Piraten einfließen sollten. Die lokale Legitimität einer internationalen Strategie könnte somit dadurch erhöht werden, dass man derartige somalische Bemühungen stärker einbindet. Gleichzeitig würde hierdurch auch der Unterstützung der Piraterie durch Teile der somalischen Bevölkerung entgegengewirkt werden. Eine gezielte und stärkere Koordination zwischen internationalen und lokalen Bemühungen verspricht außerdem mehr Kohärenz, Effektivität und Effizienz im Vorgehen gegen Piraterie.

Jedoch sind mehr Informationen, Analysen und lokales Wissen notwendig, damit Entscheidungsträger besser informiert werden können. Durch die Schaffung lokaler Piraterie-Forschungszentren oder gar Think Tanks in Somalia selbst, könnte man dieses Ziel vorantreiben und Daten über die Hintergründe und Strukturen der Piraterie systematisch erheben. Nichtsdestotrotz legt selbst der vorliegende Wissensstand einige alternative Lösungsansätze nahe. In Südsomalia könnte die internationale Gemeinschaft in einen offenen Dialog mit moderaten Kräften innerhalb von Al-Shabab eintreten. Hierzu gehören zum Beispiel ehemalige Vertreter von Hizbul Islam, eine islamische Gruppierung, die bis zu ihrem Zusammenschluss mit Al-Shabab einen (ehemals) wichtigen Piratenhafen kontrolliert hat.¹¹ Auch Ahlu Sunnah Waljama, eine moderate islamische Organisation, die mit der TFG alliiert ist, hat Milizen in der Region, die gegen Piratenverstecke an Land vorgehen könnten (Hansen 2009: 57). Beide Gruppierungen basieren im Wesentlichen auf lokalen Klans und haben daher Zugang zu lokalen Autoritätsstrukturen. In Puntland könnten neben der Regionalregierung einflussreiche Geschäftsmänner und lokale Klangemeinschaften mit einbezogen werden, um mit ihnen Optionen für eine gemeinsame Kooperation zu diskutieren. Hierdurch ergäbe sich eine Möglichkeit herauszufinden, welche Anreize notwendig und hilfreich sein könnten, um sie schließlich konstruktiv in Maßnahmen gegen Piraterie einzubinden. Trotz ihrer oftmals um-

¹¹ Trotz der Tatsache, dass beide Gruppierungen und ihre Führer als Terroristen aufgeführt werden, haben Beobachter seit langem für Friedensverhandlungen mit ihren moderaten und pragmatischen Flügeln plädiert. Diese Verhandlungen könnten auch Piraterie miteinschließen. Vor ihrem Zusammenschluss haben sich Al-Shabaab und Hizbul Islam (die als gemäßiger gelten) oftmals bekämpft (International Crisis Group 2010). Seit ihrem Zusammenschluss erstarkt auch innerhalb von Al-Shabaab der moderate Flügel (Weinstein 2011).



strittenen religiösen und moralischen Einstellungen und trotz ihrer problematischen und manchmal gegensätzlichen politischen Positionierungen im somalischen Konflikt, könnten diese Gruppierungen wertvolle Vermittler und vielversprechende Alliierte gegen Piraterie sein.

Ein Engagement mit allen lokalen Akteuren wird immer kompliziert, risikoreich und bis zu einem bestimmten Grad unvorhersehbar bleiben. Dies gilt auch für negative und nicht-intendierte Konsequenzen eines solchen Engagements. Daher muss das Prinzip transparenter Verhandlungen besonders betont werden. Hierbei sollte das Ziel verfolgt werden, das politische Klima in Somalia so zu verändern, dass es sich gegen Piraterie wendet. Konkret bedeutet dies, dass die internationale Gemeinschaft kontinuierlich mit den lokalen Akteuren zusammenarbeiten muss. Dies schließt nicht aus, dass gelegentlich auch Druck auf lokale Akteure, insbesondere auf die Regierung von Puntland, erhöht werden muss, damit diese stärker gegen Piraterie vorgehen. Parallel hierzu müssen jedoch auch positive Anreize geschaffen werden, um diese Bestrebungen zu untermauern und zu unterstützen. Ein offener und partnerschaftlicher Dialog mit den Regionalregierungen von Puntland und Somaliland sollte dazu dienen, den Rahmen für solch ein gemeinsames Vorgehen auszuloten und gegenseitige Interessen und Verpflichtungen festzulegen. Wichtig ist hierbei, dass auch die jeweilige politische Opposition in den Dialog mit eingebunden wird und dass die getroffenen Abmachungen von den Parlamenten der beiden Staaten absegnet werden. Darüber hinaus sollte auch der innersomalische Dialog gefördert werden. Auf Workshops mit Klanältesten, der Zivilgesellschaft, muslimischen Geistlichen und Repräsentanten der Geschäftswelt sollte die Problematik der gegenwärtigen Piraterie ausgiebig diskutiert und Gegenmaßnahmen entwickelt werden. Sogenannte *home-grown solutions* (Elmi 2010: 137) sollten von der internationalen und regionalen Staatengemeinschaft nicht ignoriert werden, sondern nachhaltig gestärkt und unterstützt werden. Hierzu sollten die Ergebnisse dieser Workshops in die Beratungen zwischen der internationalen Gemeinschaft und den Regionalregierungen mit einfließen und dazu dienen, konkrete Maßnahmen und Projekte mit lokalen Gemeinschaften und anderen Akteuren zu verwirklichen. Auch wenn ein solches Vorgehen langwierig und kompliziert ist, lässt sich nur so garantieren, dass Transparenz gewahrt wird. Zudem würde hierdurch ein Vorgehen unterstützt, welches auf einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens beruht. Regelmäßiges Monitoring und Sanktionen (ggf. bis hin zum Kündigen der Partnerschaft), müssen sicherstellen, dass sich alle Partner an die getroffenen Abmachungen halten.

Der so ausgehandelte Rahmen sollte insbesondere die Eigeninitiative und Maßnahmen lokaler Akteure im Vorgehen gegen Piraterie anerkennen und aktiv fördern. Teil dieser Abmachung könnte es sein, somalische Rechtsstandards – die nicht unbedingt westlichen Ansprüchen und Vorstellungen genügen müssen – für die strafrechtliche Verfolgung von Piraten heranzuziehen. Klanälteste und Geistliche könnten lokale Gemeinschaften und Geschäftsmänner davon überzeugen, nicht mehr mit Piraten zu kooperieren. Bildungsprogramme und Entwicklungsprojekte könnten ihnen im Gegenzug Alternativen bieten. Für Piraten könnten Belohnungen oder Mikrokredite bereitgestellt werden, damit diese sich eine neue Existenzgrundlage aufbauen können. Außerdem sollten Kommunikationsmechanismen eingerichtet werden, um solch

lokale Maßnahmen mit denen der internationalen Gemeinschaft besser koordinieren zu können.

4.2 Die regionale Ebene: regionale Organisationen und Staaten

Somalia ist Teil eines komplexen Gebildes überlappender Regionalorganisationen und Beziehungen. Insbesondere in Afrika sind regionale Integrationsprozesse bislang wenig fortgeschritten und konnten daher die hohen Erwartungen, die man ursprünglich in sie gesetzt hatte, nicht erfüllen. Kooperationen mit anderen Regionalorganisationen sind ebenso schwach. Nichtsdestotrotz müssen Überlegungen angestellt werden, wie man auf diese Strukturen zurückgreifen kann, um die Anreizstrukturen der Piraterie zu minimieren. Auch politisch einflussreiche Nachbarstaaten müssen, trotz problematischer historischer Erfahrungen, als ein integraler Bestandteil einer umfassenden und inkrementellen Strategie gesehen werden.

Zu allererst muss festgestellt werden, dass sich die regionale Dimension der somalischen Piraterieproblematik nicht auf Afrika begrenzt, selbst wenn sie dort derzeit ihren Ursprung hat. Sie ist daher auch nicht allein durch afrikanische Organisationen und Staaten bearbeitbar. Neben den Nachbarstaaten Somalias betrifft Piraterie insbesondere auch die Anrainerstaaten am Golf von Aden, am Roten Meer sowie am Indischen Ozean. Piraterievorfälle wurden zuletzt vor Indien, Madagaskar und dem Oman gemeldet. Es wurden auch bereits Öltanker aus Saudi Arabien und anderen arabischen Golfstaaten entführt. Versicherungsgesellschaften haben daraufhin fast den gesamten westlichen Indischen Ozean und den Golf von Aden zum ‚Krisengebiet‘ erklärt und verlangen hohe Versicherungsprämien von Schifffahrtsunternehmen. Die dadurch steigenden Handelskosten treffen neben dem Jemen und Somalias Nachbarstaaten vor allem die regionalen und globalen Öl- und Handelszentren in der Region (Indien, Südafrika, Dubai, Saudi Arabien). Sollten Schiffe in der Zukunft umgeleitet werden, um der Bedrohung durch Piraterie zu entgehen, könnte Ägypten außerdem wichtige Einnahmen aus dem Suezkanal verlieren. Viele indische, kenianische und jemenitische Seeleute gehören zudem zu den Opfern der Piraten (Pandya/Herbert-Burns/Kobayashi 2011).

Piraterie ist also ein regionales Problem, das die spezifischen Kompetenzbereiche einzelner regionaler Organisationen überschreitet und sich daher auf regionaler Ebene nicht allein im afrikanischen Kontext bearbeiten lässt. Stattdessen müssen auch Organisationen der arabischen Welt sowie die Anrainerstaaten des Indischen Ozeans in Überlegungen zu einer umfassenden Strategie mit einbezogen werden.

Auch muss anerkannt werden, dass regionale Staaten und Organisationen eine wichtige Rolle in der somalischen Politik spielen. Seit dem Fall des Zentralstaates 1991 ist zum Beispiel Äthiopien in allen wichtigen politischen Entscheidungen zu Somalia involviert gewesen.¹² Es unterhält zudem enge Beziehungen zu wichtigen somalischen Akteuren, inklusive Puntland, Somaliland und der

¹² Siehe hierzu und zum Folgenden Elmi 2010, insbesondere Kapitel 6.





TFG. Djibouti und Kenia haben zahlreiche somalische Friedenskonferenzen beherbergt und organisiert. Ferner haben sich auch regionale Organisationen zuletzt wieder mehr in somalischen Angelegenheiten engagiert. Die Intergovernmental Authority for Development (IGAD), die Regionalorganisation am Horn von Afrika, hat dabei geholfen, die TFG ins Leben zu rufen, während die Afrikanische Union (AU) zur Zeit Friedenssicherungstruppen aus Uganda und Burundi in Somalia stationiert hat, um die Regierung zu unterstützen. Somalia ist auch ein Mitglied der Arabischen Liga, aber die Organisation scheint momentan in der somalischen Politik nicht sehr aktiv zu sein. Allerdings haben zahlreiche arabische Staaten (u. a. Dubai, Saudi Arabien und Kuwait) verschiedene somalische Übergangsregierungen finanziell und moralisch unterstützt. Ein entsprechendes Engagement sollte hier noch stärker auch auf Bereiche des Peacebuildings ausgebaut werden. Insbesondere im Bereich der Peacebuilding-Erziehung könnten gerade diese Staaten einen positiven Beitrag zur sozialen Transformation leisten.¹³

Jedoch ist es schwierig, regionale Organisationen und Staaten in Strategien gegen Piraterie einzubinden. Diese verfolgen oftmals sich widersprechende (nationale) Interessen und regionale Kooperation bleibt einweilen schwierig. So ist zum Beispiel Eritrea, aufgrund eines bislang nicht gelösten Grenzkonfliktes mit Äthiopien, aus der IGAD ausgetreten. In Somalia unterstützen die beiden Staaten unterschiedliche Konfliktparteien und ihre Eingriffe in die somalische Politik werden oftmals negativ bewertet. Insbesondere Äthiopien wird vorgeworfen, die somalische Krise aufrecht zu halten und zu verlängern (Elmi 2010: 90 ff.). Ihre Militärintervention war in der Tat ein Hauptfaktor für den erneuten Ausbruch des derzeitigen Bürgerkriegs (Menkhaus 2010). Äthiopien und die arabischen Staaten haben außerdem in der Vergangenheit konkurrierende Friedensprozesse und lokale Akteure unterstützt. Zudem nehmen Somalias Nachbarstaaten Piraterie nicht zwangsläufig als ihr drängendstes Problem wahr. Andere Herausforderungen, wie zum Beispiel das Erstarken islamistischer Gruppierungen und terroristischer Netzwerke, dominieren hier. Dieser Aufmerksamkeitsfokus wird von Teilen der internationalen Gemeinschaft gefördert und größtenteils unterstützt. Anstatt sich mit Piraterie auseinanderzusetzen, sind die Friedenstruppen der African Union Mission in Somalia (AMISOM) daher voll und ganz damit beschäftigt, die Übergangsregierung gegen Angriffe islamistischer Milizen zu schützen (Williams 2009). Zusammengefasst heißt dies, dass in der Somaliapolitik von Äthiopien, Kenia und den meisten arabischen Staaten Piraterie bisher eine sehr untergeordnete bis gar keine Rolle spielt.

Es bleibt aber dennoch festzuhalten, dass regionale Staaten und Organisationen so oder so stark in somalische Angelegenheiten involviert sind. Sie können daher, und dies gilt es nachdrücklich zu betonen, nicht übergangen werden. Außerdem besitzen sie oftmals mehr Erfahrung im Umgang mit Somalia als die EU, NATO oder die UN. Sie verfügen zudem über einen besseren Zugang zu lokalen Wissens- und Regierungsstrukturen sowie zu verschiedensten

¹³ Konkrete Vorschläge hierzu entwickelt Elmi (2010, Kapitel 7).



lokalen Gruppen. In der Tat haben sich regionale Staaten und Organisationen im vergangenen Jahr zunehmend in die Pirateriepolitik eingeschaltet und versucht, aktiv an der Eindämmung der Piraterie mitzuwirken. Indien hat eine Marinemission in die Region entsandt und bereits zahlreiche Piraten festgenommen. Piraterie war auch ein wichtiges Thema auf der Afrikareise des indischen Premierministers (Chand 2011). Dagegen hat Dubai eine große Pirateriekonferenz ausgerichtet. Auf dieser konnten sich somalische, internationale und regionale Vertreter sowie Repräsentanten der Zivilgesellschaft und der Schifffahrtsindustrie als auch private Sicherheitsfirmen über die Piraterieproblematik austauschen und versuchen, Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. In einer anderen Initiative hatte der Golfstaat die Küstenwache in Puntland unterstützt. Eine Maßnahme, die allerdings in Konflikt zum Waffenembargo der Vereinten Nationen geriet und schließlich beendet wurde (UN Monitoring Group on Somalia and Eritrea 2011).

Eine großangelegte regionale Antwort auf Piraterie wurde bereits 2009 auf einem von der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation geleiteten Treffen initiiert. Ostafrikanische und einige arabische Anrainerstaaten einigten sich darauf, bilaterale, multilaterale und regionale Kooperationen zu stärken und nationale und regionale Piraterieinstitutionen einzurichten.¹⁴ Der sogenannte ‚Djibouti Code of Conduct‘ stellt die Etablierung von Piraterieinformationszentren in Kenia, Tansania und dem Jemen in Aussicht. Zusätzlich soll die Einrichtung eines Ausbildungszentrums in Djibouti vor allem die maritimen Sicherheitskapazitäten regionaler Staaten im Kampf gegen Piraterie stärken.¹⁵

Hier zeigen sich schon diverse und vielversprechende Ansätze, die unbedingt ausgebaut und weiterentwickelt werden sollten. Allerdings sollten solche Versuche auch, wie das Beispiel von Dubai zeigt, besser mit internationalen Strategien abgestimmt und regional stärker vernetzt werden. Zudem beschränken sich die regionalen Maßnahmen und Kooperationsbemühungen gegen Piraterie zurzeit noch auf die Verbesserung von Koordinations- und maritimen Abschreckungsmechanismen. Viele Regionalstaaten könnten aber weitaus mehr tun, um Piraterie zu bekämpfen. Insbesondere dadurch, dass sie von ihren lokalen Kontakten und engen Beziehungen zu Somalia regen Gebrauch machen und diese stärken. Unabdingbar erscheint es aber hier, Mechanismen für eine stärkere Transparenz derartigen Engagements sowie einen Verhaltenskodex zu entwickeln. Zum einen soll hierdurch gewährleistet werden, dass ein derartiges Engagement zielführend und konstruktiv und nicht gegebenenfalls entlang problematischer einzelstaatlicher Nationalinteressen geleistet wird. Zum anderen ist ein solches Engagement immer mit vielen Fallstricken und komplexen Problemlagen konfrontiert, weswegen eine Basis für einen Erfahrungsaustausch

¹⁴ Unterzeichnet haben bislang Djibouti, Ägypten, Äthiopien, Kenia, die Komoren, Madagaskar, die Malediven, die Seychellen, Somalia, Sudan, die Vereinigten Arabischen Emirate, Tansania und der Jemen. Indien ist als Beobachter am Prozess beteiligt.

¹⁵ Siehe Code of Conduct Concerning the Repression of Piracy and Armed Robbery against Ships in the Western Indian Ocean and the Gulf of Aden, (29.01.2009).



und zu institutionellem und akteursspezifischem Lernen geschaffen werden sollte. Dies gilt nicht nur für den Bereich der offiziellen diplomatischen Initiativen, sondern auch für Aktivitäten in Bereichen einer sogenannten ‚Guerilla-Diplomatie‘ (Copeland 2009).

Obwohl es seit zwanzig Jahren keinen somalischen Zentralstaat mehr gibt, sind die sozioökonomischen und kulturellen Beziehungen zwischen Somalia, seinen Nachbarn und der arabischen Welt noch immer sehr ausgeprägt. Somalias Nachbarstaaten haben einen hohen somalischen Bevölkerungsanteil und beherbergen eine große somalische Diaspora- und Geschäftsgemeinschaft. Nicht nur im Jemen, sondern auch in anderen arabischen Staaten haben sich schon vor vielen Jahren, oftmals lange vor dem Bürgerkrieg, zahlreiche Somalier angesiedelt. Zudem ist Somalia auch ein wichtiger Bestandteil ausgeprägter regionaler Handelsnetze, welche insbesondere von Diasporagruppen in verschiedenen Ländern geleitet werden. Somalisches Vieh sowie Holzkohle wird jedes Jahr tonnenweise nach Saudi Arabien und in andere arabische Staaten exportiert. Kenia und Äthiopien versorgen Somalia zudem mit Khat, einer leichten Droge, die weit in der Region verbreitet ist. Somalias Importe, von Nahrungsmitteln bis hin zu Computern, laufen größtenteils über Dubai. Diese transnationalen somalischen Gemeinschaften und Handelsnetzwerke sind in der Tat ein wichtiger ökonomischer und politischer Faktor in Somalia. Sie finanzieren politische Initiativen, Kampagnen und Rebellenorganisationen genauso wie soziale Entwicklungsprogramme und Unternehmen. Eine entscheidende Rolle kommt hierbei den somalischen Geldtransferagenturen und Firmen zu, da diese den globalen Fluss an Finanzen und Gütern nach Somalia ermöglichen (Healy/Sheik 2009; Lindley 2009).

So scheint es auch nicht überraschend, dass angeblich ein Teil der Profite aus Piraterie in Regionalstaaten reinvestiert wird, insbesondere in den kenianischen Metropolen Mombasa und Nairobi. Zudem kommen die Unterhändler und Verhandlungsführer der Piraten oftmals aus der Diaspora und reisen zwischen Somalia und ihren Familien im Ausland hin und her. Auch beziehen die Piraten nach verschiedenen Quellen ihre Boote, Autos und Ausrüstung von (somalischen) Geschäftsleuten aus Dubai (UN Monitoring Group on Somalia and Eritrea 2011).

Regionale Staaten können von ihrem politischen Einfluss auf lokale Akteure Gebrauch machen und den Dialog mit der somalischen Geschäftswelt und Diaspora suchen. Äthiopien, IGAD oder Dubai könnten zum Beispiel lokale Akteure in Somalia unterstützen und als Vermittler die Verhandlungen zwischen der internationalen Gemeinschaft und lokalen politischen Einheiten fördern. Sie könnten auch versuchen, somalische Geschäftsleute davon zu überzeugen, nicht mehr mit Piraten zu handeln und ihnen keine Ausrüstung mehr zu verkaufen oder, wenn nötig, ihre nationale Gesetzgebung zur Unterbindung solcher Aktivitäten zu überarbeiten und zu verschärfen. Die kenianischen Behörden sollten zudem versuchen zu verhindern, dass Piraterieprofite in Nairobi und Mombassa problemlos investiert werden können. Somalische Geldtransferagenturen könnten ebenso involviert werden. Als Experten somalischer Finanzstrukturen und Praktiken könnten sie wichtige Informationen über internationale Geldtransfers bereitstellen. Bisherige Möglichkeiten, verdächtige Geldtransfers zu identifizieren oder zu erschweren, sind bislang noch nicht



ausgereizt. Hier könnten neue und weiterreichende Gesetzesinitiativen sowie Schulungsmaßnahmen helfen, die entsprechenden Finanzbehörden sowie Polizei- und Ermittlungsagenturen für derartige Aufgaben zu stärken. Hierin könnte ein weiterer wichtiger Schritt liegen, verdächtige Piraten und ihre Finanziere zu identifizieren.¹⁶ Dies könnte zum Beispiel dazu beitragen, gezielte internationale Finanzsanktionen voranzutreiben. Zudem sollten die Reisen von Unterhändlern und Mitgliedern von Piratenorganisationen, welche oftmals namentlich bekannt sind, in der Region stärker kontrolliert und mit gezielten Festnahmen gegebenenfalls unterbunden werden.

Insgesamt sollten Regionalstaaten und -organisationen dazu ermutigt werden, sich noch wesentlich stärker an internationalen Strategien zu beteiligen und ihre Ideen in die globale Pirateriepolitik einzuspeisen. Ihr lokales Wissen, ihre Kontakte in Somalia und ihre Verbindungen zu transnationalen Handels- und Diasporanetzwerken können sicherlich noch weitaus besser und effektiver ausgeschöpft werden.

4.3 Inhaftierung überdenken und Piraten re-integrieren

In der derzeitigen Diskussion wird Inhaftierung als Bestandteil juristischer Maßnahmen gesehen. Sie wird hierbei in erster Linie als ein Mittel der Abschreckung und als ein Instrument der Gerechtigkeit genutzt. Freiheitsentzug ist eine legitime Strafe für ein schweres Verbrechen. Allerdings ist unklar, inwieweit diese Form der Bestrafung tatsächlich abschreckend wirkt. Es ist in der Tat schwierig zu ermitteln, inwiefern das Risiko von Inhaftierung junge Somalier davor abschreckt, Piratenorganisationen beizutreten. Es ist daher nicht überraschend, dass die derzeitige Debatte sich weniger um den Nutzen und den Abschreckungsaspekt von Inhaftierung dreht, sondern um logistische und Menschenrechtsprobleme. Hunderte Somalier wurden bereits festgenommen und erwarten ihren Prozess oder sind schon verurteilt worden (UNODC 2011: 2). In der momentanen Diskussion geht es hauptsächlich darum, wie die steigende Zahl verhafteter Piraten unter der Einhaltung grundsätzlicher Menschenrechtsstandards gehandhabt werden kann. Der größte Teil des Piraterieprogramms des UNODC beschäftigt sich mit diesen Fragen. Außerdem versucht die Organisation, die Lebensumstände in den Gefängnissen zu verbessern und westlichen Standards anzupassen.

Darüber scheint man zu vergessen, dass Inhaftierung nicht nur ein Problem, sondern auch eine Chance ist. Viele westliche Rechtssysteme schreiben der Gefangenschaft im Wesentlichen drei Kernfunktionen zu. Prinzipiell dient Inhaftierung erstens als eine Bestrafung des Schuldigen, womit auch der Forderungen der Opfer nach Gerechtigkeit nachgekommen werden soll. Zweitens

¹⁶ Die internationale Gemeinschaft sollte jedoch davon Abstand nehmen, Geldtransferagenturen zu kriminalisieren, wie es bereits nach dem 11. September geschehen ist. Eine solche Strategie, außer dass sie ungerechtfertigt wäre, würde nicht nur vielen Somalierern schaden und die internationale Politik weiter diskreditieren, sondern würde auch potentielle Zugangspunkte zu den Piraten versperren (siehe Lindley 2009)



dient sie der Abschreckung. Sowohl der Verurteilte als auch andere potentielle Straftäter sollen aufgrund des Risikos der Inhaftierung vor weiteren Straftaten zurückschrecken. Und drittens ist Gefangenschaft auch ein Mittel, um den Täter zu rehabilitieren und ihm somit nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis ein ‚normales‘ Leben ohne Kriminalität zu ermöglichen. An die dritte Option wird im Pirateriediskurs, welcher sich hauptsächlich auf den Gerechtigkeits- und Abschreckungsaspekt von Inhaftierung fokussiert, derzeit jedoch kaum gedacht. Allerdings kann Rehabilitation als äußerst wichtig erachtet werden, wenn es darum geht, Kriminelle zu re-integrieren und sie wieder als ‚nützliche‘ Mitglieder in die Gesellschaft einzugliedern. In der Kriminologie heißt es, dass Gefangenschaft zwar nicht notwendigerweise die beste Rehabilitationsstrategie ist, aber zumindest die Möglichkeit dazu bietet.

Anders formuliert, Inhaftierung sollte nicht nur als Bestandteil des juristischen Abschreckungspakets verstanden und genutzt werden. Gefangenschaft bietet noch weitaus mehr Möglichkeiten, um zu einer langfristigen Lösung der Piraterieproblematik beizutragen. Es wäre in der Tat kurzsichtig, die Tatsache zu ignorieren, dass verurteilte Piraten früher oder später wieder in die Gesellschaft re-integriert werden müssen. Dementsprechend sollten Initiativen ins Leben gerufen werden, die ein ‚neues‘ Leben ermöglichen und verhindern, dass Verurteilte nach ihrer Haftentlassung in alte Piratengewohnheiten zurückfallen. Die Erkenntnis, dass die Zeit im Gefängnis und die Möglichkeiten, die dort angeboten werden können, Faktoren sind, die die Chancen von Verurteilten nach ihrer Freilassung bestimmen, sollte helfen, kreative Ausbildungs- oder Trainingsprogramme zu erstellen.

Um es kurz zusammenzufassen, berücksichtigt man, dass viele Piraten nach ihrer Freilassung wieder Piratenorganisationen beitreten könnten, dann ist ihre Zeit in der Gefangenschaft eine gute Möglichkeit sie so auszubilden, dass sie eine andere Rolle in der somalischen Gesellschaft spielen können. Eine solche Ausbildung könnte viele unterschiedliche Aspekte umfassen, von einfachen Lese- und Schreibfähigkeiten bis hin zu Berufsausbildungen in der Landwirtschaft und in der Verwaltung, oder gar weiterführende Qualifikations- und Karrieretrainings in den unterschiedlichsten Bereichen. Auf mittlere oder lange Sicht könnten ehemalige Piraten dann sogar die Entwicklung in Somalia vorantreiben und lokalen Autoritäten helfen, das Piratenproblem zu bewältigen.

Sollte sich herausstellen, dass Inhaftierung nicht das effektivste und probateste Mittel ist, um Piraten zu rehabilitieren, dann dürfen auch andere Mechanismen der Bestrafung nicht ausgeschlossen werden. Insbesondere aufgrund der unzureichenden Inhaftierungsmöglichkeiten in Somalia und Kenia, sollte ein breiteres Repertoire an Strafmechanismen in Betracht gezogen werden. Zum Beispiel könnten Piraten zu Sozial- oder Entwicklungsarbeit verurteilt werden. Des Weiteren könnten auch Muster des traditionellen somalischen Rechtssystems integriert werden, wie zum Beispiel die standardmäßige Praktik, dass Familien und Klans für kriminelle Taten ihrer Mitglieder zur Rechenschaft gezogen werden und dass solche Taten mittels Varianten von Kompensationszahlungen geregelt werden (Notten 2005).



4.4 Lösegeldmechanismen: die Rolle des privaten Sektors re-evaluieren

Der private Sektor ist ohne Zweifel am direktesten von Piraterie betroffen. Verzögerungen aufgrund von Entführungen, steigende Versicherungsprämien oder die Kosten für Schutz- oder Präventionsmaßnahmen erhöhen die Geschäftskosten. Im Sinne der Abschreckungslogik galt dieser Sektor bislang als ein Akteur, der durch Sicherheitsmaßnahmen dazu beitragen kann, die Erfolgsrate der Piraten zu reduzieren. Die ‚best management practices‘ (BMP), welche von und für die Schifffahrtsgesellschaften entwickelt worden sind, schlagen daher Planungs-, Sicherheits- und Berichtsprozeduren für Firmen und Mannschaften vor, um das Risiko einer Entführung zu minimieren. Darüber hinaus werden Schifffahrtsgesellschaften in der Regel als passive Opfer wahrgenommen, deren Kapazitäten, auf Piraterie zu reagieren, stark eingeschränkt sind. Sie können entweder Lösegeld zahlen oder sie verlieren ihr Schiff und riskieren das Leben der Besatzung (Sörenson 2008: 40). Der private Sektor ist jedoch nicht nur ein passives Opfer der Piraterie. Das Verhalten der Schifffahrts- und Versicherungsunternehmen hat einen direkten Einfluss auf die Opportunitätsstrukturen der Piraten sowie auf ihre Strategien und Taktiken. Durch die Lösegeldverhandlungen interagieren Firmen zudem direkt mit den Führern und Repräsentanten von Piratenorganisationen.

Die Nichteinhaltung der BMP ist ein bedenkliches Problem. Ohne Mechanismen, die sicherstellen, dass internationale Regeln und Verhaltenskodexe eingehalten werden, sind der Einfluss der BMP auf die Opportunitätsstrukturen und das operative Risiko der Piratenorganisationen nicht garantiert. Bislang hat die internationale Gemeinschaft auf die Selbstregulierung der Schifffahrtsunternehmen gesetzt. Doch es könnte noch wesentlich mehr entlang dieser Linie unternommen werden. Zum Beispiel könnte man darauf achten, ob Versicherungsunternehmen die Umsetzung der BMPs beobachten und ihre Versicherungsprämien dementsprechend anpassen. Eine andere Möglichkeit wäre, Schifffahrtsgesellschaften direkt zu sanktionieren, zum Beispiel könnte die Nichteinhaltung der BMPs, die (Androhung der) Verweigerung von militärischem Schutz zur Folge haben.

Zweitens ist das Berichten von Piratenvorfällen durch Unternehmen eine der wichtigsten Datenquellen, um die Strategien und Taktiken der Piraten zu erfassen und Gegenmaßnahmen zu verbessern. In der Schifffahrtsindustrie wird das Melden von Piraterievorfällen allerdings oftmals vermieden, da Firmen um ihren Ruf, ihre Zuverlässigkeit und steigende Versicherungsprämien fürchten. Eine Erhöhung der Anreize für Schifffahrtsgesellschaften, Piraterievorfälle auch tatsächlich zu melden, zum Beispiel indem Anonymität garantiert wird oder durch positive Anreize, indem man mit Unternehmensverbänden kooperiert, wäre daher eine gute und sinnvolle Strategie.

Drittens und vielleicht sogar am wichtigsten: Piraten sind hinter den Lösegeldzahlungen der Schifffahrts- und Versicherungsgesellschaften her. Die Lösegeldverhandlungen machen diese Firmen mittels ihrer Unterhändler zu aktiven Teilnehmern im Umgang mit Piraterie. Da Piraten auf Lösegeldzahlungen angewiesen sind, verfügt die Schifffahrtsindustrie somit über eine gewisse Verhandlungsmacht. Insofern Lösegeldzahlungen bislang allerdings die einzige



Möglichkeit bieten, die sichere Rückkehr eines Schiffes zu garantieren, wird sich der private Sektor eher nicht die Frage stellen, ob Lösegeld gezahlt werden soll oder nicht, sondern wie und unter welchen Umständen diese Zahlungen erfolgen. Lösegeldverhandlungen sind zudem eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen man direkt mit Piraten verhandeln kann. Offiziell ist bisher zwar nur sehr wenig über diese Lösegeldzahlungen bekannt, doch es scheint, als ob insbesondere lokale Anwälte, international operierende Sicherheitsfirmen und Anwaltskanzleien als Vermittler zwischen den Piraten und den Schifffahrtsgesellschaften auftreten. Die Verhandlungen werden bisher auf einer Fall-zu-Fall-Basis durchgeführt, ohne gemeinsame Absprachen oder Koordination unter den Lösegeldzahlern.

Die Zentralisierung von Lösegeldzahlungen, zum Beispiel durch einen internationalen Public-Private Trust Fund, eine Koordinationsagentur oder einen offiziellen Ombudsmann, könnte die Verhandlungsbasis der privaten Akteure gegenüber den Piraten stärken. Solch ein zentralisierter Ansatz hätte mehr als nur symbolische Effekte. Er könnte zu einem kohärenteren Auftreten der internationalen Gemeinschaft führen, den Druck auf die Piraten erhöhen und dazu dienen, insbesondere die Höhe der Lösegeldzahlungen zu limitieren. Dies käme der Schifffahrts- und Versicherungsindustrie auch kurzfristig zu gute. Ausgestattet mit mehr Verhandlungsspielraum, könnten zudem Versuche unternommen werden, Lösegeldzahlungen an Konditionalitäten zu knüpfen. Ausgangspunkt dieser Konditionen könnten die Legitimationsversuche der Piraten selbst sein. Hieran orientiert müsste das Ziel sein, diese dazu zu bringen, die Gelder so zu nutzen, dass die allgemeinen Lebensumstände in Somalia verbessert werden. So wäre es denkbar, Investitionen in öffentliche Infrastrukturen (Straßen, Krankenhäuser, Schulen, etc.) oder in die lokale Fischereiindustrie zu einer Auflage für die Zahlung von Lösegeldern zu machen. Man könnte sogar versuchen, dazu überzugehen, nur einen Teil des Lösegeldes an die Piratenorganisationen selbst auszuzahlen, während der Rest des Geldes an lokale Akteure transferiert wird, die dafür verantwortlich sind, transparente Informationen über die Verwendung dieser Mittel bereitzustellen.

Dieser Vorschlag klingt sicherlich erst einmal unkonventionell und exotisch. Allerdings könnte die Einrichtung eines formalisierten Lösegeldsystems ein erster Schritt sein, um in solche Richtungen zu denken und zu überlegen, auf welchen Wegen, Lösegeldzahlungen mehr und andere Ziele erreichen können. Bisher dienen sie lediglich dazu, die Piratenorganisationen zu stärken. Sind organisierte Piratensyndikate auch als Teil lokaler Regierungsstrukturen zu betrachten, ist diese Überlegung umso angemessener. So oder so sollten Wege eruiert werden, wie man sicherstellen kann, dass Lösegelder nicht (oder nicht nur) der privaten Bereicherung und der Modernisierung von Piraterieausstattung dienen oder gar dass sie für andere illegale und kriminelle Unternehmungen genutzt werden.

Ein solches Umdenken birgt jedoch auch einige Risiken. Schnell könnte ein Bild entstehen, dass entwicklungspolitische Transferleistungen durch kriminelle Handlungen erpresst werden könnten. Nichtsdestotrotz erscheint es sinnvoll, weiter in eine Richtung zu denken, in der vorerst unvermeidliche und faktisch beständig geleistete Finanztransfers konstruktiver und mit Blick auf eine soziale und ökonomische Transformation geleistet werden könnten. Völlig neu ist der



internationalen Gemeinschaft ein solches Vorgehen nicht. Finanzielle Unterstützungsleistungen an ‚ehemalige‘ Bürgerkriegsmilizen, damit diese sich in Post-Konflikt-Situationen zu politischen Parteien und Bewegungen umstrukturieren, wurden schon des Öfteren geleistet. Der zugegebenermaßen unorthodoxe und unkonventionelle Vorschlag zu versuchen, kriminelle Organisationen letztlich so zu korrumpieren, dass sie zu entwicklungspolitischen Agenturen mutieren, ist sicherlich gewagt, aber auch bedenkenswert. So oder so könnte jedoch ein derartiger Versuch dazu beitragen, innerhalb der somalischen Gesellschaft die Debatte anzuregen, ob es sich bei den Piratenorganisationen um quasi Robin Hood ähnliche Unternehmungen oder um rein kriminelle Unternehmungen handelt.

In beiden Fällen wäre zunächst etwas gewonnen. Im ersten Fall würden Lösegeldzahlungen zu Transferleistungen, die bei der sozialen und ökonomischen Transformation eine Rolle spielen könnten. Im zweiten Fall würde Piraterie als rein kriminelle Unternehmung ‚entlarvt‘, delegitimiert und die Akteure weiter marginalisiert werden. Unabdingbar ist es jedoch gerade im ersten Fall, auch über eine mögliche Exitstrategie nachzudenken. Ziel kann es nicht sein, Piratenorganisationen gesellschaftlich als ‚Quasi-Entwicklungsagenturen‘ zu etablieren. Vielmehr steht im Vordergrund, Piratenorganisationen als nicht erwünschtes aber faktisch vorhandenes Phänomen zu begreifen. Ein kriminelles Phänomen, welches auf Grund kaum vorhandener staatlicher Institutionen derzeit nicht durch staatliche Repression (bzw. Polizeiarbeit) adäquat bearbeitet werden kann. Vor dem Hintergrund dieser Umstände gilt es eben auch darüber nachzudenken, mittels welcher Strategien gegebenenfalls eine Transformation dieser kriminellen Organisationen eingeleitet werden kann. Letztlich steht und fällt eine derartige Strategie damit, ob es langfristig gelingt, eine finanzielle Anreizstruktur zu schaffen, die ‚Organisationen‘, welche nicht am Pirateriegeschäft beteiligt sind, eine bessere und sichere alternative Erwerbs- und Karriereoption bietet.

Unabhängig hiervon gilt es zu betonen, dass der private Sektor die Möglichkeit, und implizit auch die Verantwortung hat, einen größeren Beitrag zu den Anti-Piraterie Bemühungen der internationalen Gemeinschaft und lokaler Akteure zu leisten. Zudem liegt es auch im eigenen Interesse der Schifffahrts- und Versicherungsindustrie, der Piraterie entgegen zu wirken, was neben kurzfristigen Zielen (Limitierung von Lösegeldern) auch die langfristigen Ziele und Strategien mit einschließt (positive Einflussnahme auf den somalischen Kontext im Sinne einer sozialen und ökonomischen Transformation). Hierzu braucht die internationale Gemeinschaft allerdings mehr Informationen über die genauen Lösegeldzahlungen und Zahlungspraktiken der Schifffahrtsindustrie sowie ein besseres Verständnis über die Auswirkung von Piraterie auf den privaten Sektor. Nur so können geeignete Maßnahmen und Anreize entwickelt werden, um diese besser in eine umfassende Strategie gegen Piraterie einzubinden. Ein offener Dialog mit Schifffahrts- und Versicherungsverbänden kann wichtig sein, um gegenseitige Verpflichtungen, Verantwortungen und Anreize auszuhandeln und neue Strategien zu entwerfen und umzusetzen.



4.5 Delegitimierungsstrategien: Piraterie und Fisch

Ob Überfischung durch global agierende Fischereiunternehmen dazu geführt hat, dass Somalier Piraten geworden sind, bleibt ein umstrittenes Thema. Dies gilt für die Öffentlichkeit und die Medien sowie für die Wissenschaft und Politik. Vertreter von Entwicklungsorganisationen tendieren dazu, auf solche Verbindungen hinzuweisen, um zu argumentieren, dass die ‚Ursachen‘ der Piraterie angegangen werden müssen, wobei sie die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft betonen (z. B. Bawumia/Sumaila 2010). Andere lehnen solche Kausalbeziehungen ab und neigen dazu, die Überfischungsproblematik zu vernachlässigen. Sie verweisen stattdessen auf die kriminellen Motivationen der Piraten (UN Monitoring Group on Somalia 2010).

Dieses Thema als ein Wissensproblem zu formulieren und zu fragen, ob ein nachweislicher kausaler Zusammenhang zwischen Fremdüberfischung und Piraterie besteht, verfehlt allerdings die zentrale Frage. Fakt ist, dass Piraten ihr Verhalten rechtfertigen, indem sie argumentieren, dass sie die somalische Küste vor Überfischung durch illegale Unternehmungen schützen. Im lokalen Kontext erlangen Piraten durch diese Rechtfertigung Legitimität und steigen zu ‚Helden‘ auf, die das ‚Mutterland‘ beschützen. Es geht in der Debatte um Fischerei also nicht darum, ob Piratenorganisationen einen gerechtfertigten (und in der Tat politischen) Grund für ihr Handeln haben oder nicht.

Natürliche Ressourcen vor illegaler Ausbeutung zu schützen, ist in der Tat ein lobenswertes Bestreben. Nichtsdestotrotz besteht unter internationalen Beobachtern kaum ein Zweifel, dass bewaffneter Raub und die Entführung von Handelsschiffen keine adäquaten Mittel sind, um diesem Bestreben nachzukommen. Jedoch sollte diese Beobachtung nicht dazu führen, dass die Fischereiproblematik verworfen wird. Die Tatsache, dass Piratenorganisationen noch immer auf diese Rechtfertigung zurückgreifen, beweist den anhaltenden Erfolg dieser Rhetorik als eine Strategie, um lokale Legitimität und Unterstützung zu gewinnen. Internationale Akteure, selbst wenn ihre Absichten durchweg positiv sind, haben nicht notwendigerweise einen guten Ruf in Somalia. Die nicht erfüllten Versprechen der Friedensmissionen in den 1990er Jahren, das Fehlverhalten internationaler Akteure in der Durchführung dieser Missionen, die Ignoranz und die fehlende Aufmerksamkeit gegenüber Somalia seit den 1990er Jahren, der Kampf gegen den Terrorismus in der vergangenen Dekade und, in der Tat, ausländische Fischereiflotten und Giftmüll, haben schwere Vorurteile und Misstrauen gegenüber internationalen Akteuren hervorgerufen. Viele Somalier haben Schwierigkeiten, zwischen Ausländern mit guten Intentionen und anderen zu unterscheiden. Gelegentliche Berichte von Kriegsschiffen, die auf lokale Fischerboote schießen, oder Soldaten, die Gazellen aus Helikoptern jagen, tragen sicherlich nicht dazu bei, dieses Bild zu ändern.

Den Legitimierungsversuchen der Piraten, ihr Tun als Schutz vor Fremden zu rechtfertigen, könnte ein Herabsetzen des Fischereiarguments entgegenwirken. Bereits die Abschreckungsforschung hat hervorgehoben, wie entscheidend Abschreckung durch Delegitimation, als auch Gegennarrative sein können (Knopf 2010). Um Piraterie zu diskreditieren, muss die internationale Gemeinschaft daher die Rechtfertigungsnarrative der Piraten direkt angreifen und sich überlegen, wie lokale Fischer in Strategien gegen Piraterie einbezogen werden



können. Solche Neuüberlegungen werden Maßnahmen zuhause und in Übersee erfordern. Auf der nationalen und internationalen Ebene muss die Fischereiindustrie besser reguliert werden. In Somalia sind zusätzliche Überlegungen und Aktivitäten notwendig, um Wege zu finden, wie die Behauptungen der Piraten entkräftet und delegitimiert werden können. Hierzu stehen einige praktische und diskursive Mittel zur Verfügung. Diskursive Mittel können zum Beispiel öffentliche Informationsstrategien über die Medien sein, wie sie bereits durch die Arbeitsgruppe der Kontaktgruppe zu Diplomatie und öffentliche Kommunikation angedacht worden sind. Diese Gedanken wurden bislang allerdings weder ausgearbeitet noch umgesetzt. Gedankengänge hinsichtlich Öffentlichkeitsdiplomatie oder sogar ‚Guerilla Diplomatie‘, könnten hierbei eine Option sein (Copeland/Potter 2008, Faure 2008, Kleiner 2006). Solche Kampagnen sollten allerdings vermeiden, Piraterie zu moralisieren oder sich auf simple Aufrufe zum Stopp der Piraterie zu beschränken. Stattdessen sollten sie darauf abzielen, klarzustellen, dass Piraten keinen gerechtfertigten Grund haben, Schiffe zu entführen.

Auch sollten praktische Maßnahmen angewandt werden, um die somalischen Gewässer zu schützen, und zwar nicht nur auf der symbolischen Ebene. Ein einziges Kriegsschiff, das nicht Teil der Pirateriemission ist, sondern zum Schutz somalischer Gewässer bereitgestellt wird, könnte bereits einen Unterschied in der öffentlichen Wahrnehmung machen. Zusätzlich könnten Maßnahmen ins Leben gerufen werden, die die somalische Fischereiindustrie unterstützen, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Booten, Netzen oder subventioniertem Fisch.

5. Fazit: Ein strategisches Umdenken ist notwendig

Piraterie, insbesondere im somalischen Kontext, stellt ein ‚vertracktes‘ Problem (*wicked problem*) dar. Derartige Probleme lassen sich in der Regel nicht mittels ‚einfacher‘ oder ‚konventioneller‘ Bearbeitungsansätze lösen. Bisherige Bearbeitungsstrategien, welche sich vor allem auf die Bekämpfung der Piraterie auf See, mittels militärischer Präsenz, oder auf Abschreckungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen konzentrieren, laufen daher Gefahr zu versagen. Eine vorübergehende Eindämmung erscheint möglich. Jedoch kann bezweifelt werden, dass derartige Strategien langfristig vielversprechend und, auch vor dem Hintergrund der Kosten für ein solches Vorgehen, adäquat und politisch tragbar sind.

Sowohl die Ursachen als auch die Anreizstrukturen für Piraterie lassen sich so nicht bekämpfen. Trotz eines erhöhten Risikos durch Strafverfolgung und auch der hiermit einhergehend gestiegenen Kosten für Piraterieunternehmungen, kann davon ausgegangen werden, dass Piraterie vorerst auch weiterhin ein lukratives (kriminelles) Geschäftsfeld bleibt. Bisherige Bekämpfungsstrategien erhöhen zwar die Kosten, da von Seiten der Piraten Gegenstrategien und -maßnahmen ergriffen werden müssen. Diese Kosten als auch das Risiko einer Strafverfolgung liegen aber, so lässt sich vermuten, noch weit unterhalb einer Schwelle, an der Abschreckung effizient wirksam werden könnte. Dar-



über hinaus kann man durchaus skeptisch sein, dass eine Verbesserung der Koordination und Kooperation in diesem Bereich der Abschreckungs- und Eindämmungsstrategien dazu führen könnte, die Kosten-Nutzen-Relation für Piraterieunternehmungen signifikant zu verschlechtern. Und selbst wenn, so bestünde das Problem fort, dass – will man eine internationale maritime militärischen Präsenz am Golf von Aden nicht für alle Zeit beibehalten – sich die Kosten-Nutzen-Relation bei Wegfall der maritimen Präsenz wieder zu Gunsten der Piraterie verändern würde. Auch von daher erscheint es notwendig, bisherige Maßnahmen und Strategien durch weitere Aktivitäten zu flankieren.

Ein derartiges Engagement und damit die Ausarbeitung einer umfassenderen Strategie wird notwendigerweise über Maßnahmen und Aktivitäten in Somalia selbst nachdenken müssen. Eine militärische Intervention zur Bekämpfung der Piraterie an Land erscheint nicht zuletzt vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen in Somalia weder wünschenswert noch zielführend, da sie ebenfalls Hintergründe und Ursachen von Piraterie ausblenden würde. Die nicht-intendierten Folgen eines derartigen Vorgehens wären zudem schwer einzuschätzen.

Ausgehend von diesen Überlegungen wurde in dieser Studie dafür plädiert, die letztlich beschränkte Betrachtung von Piraterie zu erweitern und Piraterie, auch als eine spezifische Problematik für Peacebuilding-Prozesse zu betrachten. Ein derartiges Vorgehen ergänzt und komplementiert bisherige Denkmuster, welche in ihrer Sicht auf die Problematik recht limitiert scheinen. Eine solche perspektivische Neubetrachtung deutet die Piraterieproblematik zudem nicht nur semantisch um, sondern öffnet auch den Blick für alternative Handlungsoptionen. Dies führt dazu, dass ein erweitertes Repertoire von Maßnahmen und Strategien zur Entwicklung von Bearbeitungsansätzen betrachtet und genutzt werden kann. Dieses Repertoire ist, wie dargestellt wurde, reichhaltig. Zudem liegen auf Grund verschiedenster Peacebuilding-Operationen auch Erfahrungen über die Stärken und Schwächen verschiedenster Maßnahmen vor. Innerhalb dieser Studie wurden daher weniger ‚konventionelle‘ oder bisher wenig etablierte beziehungsweise ausprobierte Praktiken des Peacebuildings und ihre Übertragbarkeit auf den somalischen Kontext und auf die Piraterieproblematik betrachtet. Konkret wurden fünf alternative und unkonventionelle strategische Handlungsszenarien entwickelt und kritisch betrachtet. Diese offerieren in ihren Grundzügen und Prämissen die entscheidenden Ansatzpunkte zur Erarbeitung einer umfassenderen und inkrementellen Strategie zur Bearbeitung der Piraterieproblematik.



6. Literatur

- Andersen, Elizabeth/Brockham-Hawe, Benjamin/Goff, Patricia 2010: Suppressing Maritime Piracy: Exploring the Options in International Law, Washington, D.C.
- Apps, Peter 2010: Hi-tech Navies Take on Somalia's Pirates, Reuters, 16.06.2010. <http://af.reuters.com/article/topNews/idAFJJOE65F0D720100616> (14.08.2010).
- Arowosegbe, Jeremiah O. 2009: Violence and National Development in Nigeria: The Political Economy of Youth Restiveness in the Niger Delta, in: Review of African Political Economy, 36 (122), 575-594.
- Azubuikwe, Lawrence 2009: International Law Regime against Piracy, in: Annual Survey of International and Comparative Law, 15 (1), 43-59.
- Barnett, Michael N./Hunjoon, Kim/O'Donnell, Madalene/Sitea, Laura 2007: Peacebuilding: What Is in a Name?', in: Global Governance, 13 (1), 35-58.
- Bawumia, Mahamudu/Sumaila, U. Rashid 2010: Fisheries, Ecosystems and Piracy: A Case Study of Somalia, Working Paper No. 4, Vancouver, B.C.
- BBC News 2008: France Raid Ship after Crew Freed, BBC News, 12.06.2008. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7342292.stm> (03.08.2010).
- BBC News 2010a: Kenya ends trials for Somali pirates in its courts, BBC News, 01.04.2010. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/8599347.stm> (10.08.2010).
- BBC News 2010b: Somali Vigilantes Capture Pirates, BBC News, 28.04.2010. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/8022820.stm> (15.8.2010).
- Bellagamba, Alice/Klute, Georg 2008 (Hg.): Beside the State. Emergent Powers in Contemporary Africa, Köln.
- Bliss, Jeff 2009: U.S. Military Considers Attacks on Somali Pirates' Land Bases, Bloomberg, 13.04.2009. http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=washingtonstory&sid=aYhv_gOfyTmYA (03.08.2010).
- Bueger, Christian 2010: Security as Performance. Securitization, Piracy and the United Nations Security Council. Paper presented at the bi-annual conference of the Standing Group on International Relations of the ECPR, Stockholm, September 2010.
- Chand, Manish 2011: India Unveils \$191 mn, Hospital for Tanzania; to Jointly Combat Piracy, in: India News Post, 27.04.2011. http://www.indianewspost.com/indiansabroad/48583-india_unveils_191_mn_hospital_for_tanzania_to_jointly_combat_pir.html (03.08.2011).
- Collier, Paul Elliot, V. L./Hegre, Havard/Hoeffler, Anke/Reynal-Querol, Marta/Sambanis, Nicholas 2003: Breaking the Conflict Trap. Civil War and Development Policy, Washington D.C.



- Copeland, Daryl 2009: *Guerrilla Diplomacy. Rethinking International Relations*, Boulder.
- Copeland, Daryl/Potter, Evan H. 2008: *Public Diplomacy in Conflict Zones: Military Information Operations Meet Political Counter-Insurgency*, in: *The Hague Journal of Diplomacy*, 3 (3), 277-297.
- Donais, Timothy 2009: *Empowerment or Imposition? Dilemmas of Local Ownership in Post-Conflict Peacebuilding Processes*, in: *Peace & Change*, 34 (1), 3-26.
- Dunlop, W.G. 2010: *Anti-Piracy Efforts Treat Symptom, Not Disease: Navy Chiefs*, AFP, 13.04.2010
<http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5jk8JeTNHcH1N4ZcMf5Oa66eUKVg> (20.05.2010).
- Easterly, William 2006: *The White Man's Burden. Why the West's Efforts to Aid the Rest Have done so much Ill and so Little Good*, New York.
- Ecoterra Intl. 2010: *Syrian Sugar Ship Freed by Pirates*, 08.08.2010.
<http://somalilandpress.com/syrian-sugar-ship-freed-by-somali-pirates-17605> (15.08.2010).
- Elmi, Afyare Abdi 2010: *Understanding the Somalia Conflagration. Identity, Political Islam and Peacebuilding*, New York.
- Englebert, Pierre/Tull, Denis M. 2008: *Postconflict Reconstruction in Africa. Flawed Ideas about Failed States*, in: *International Security*, 32 (4), 106-139.
- Entous, Adam 2010: *U.S. Admiral: Military Ships can't Stop Somali Piracy*, Reuters, 16.04.2010.
<http://in.reuters.com/article/2010/04/15/idINIndia-47732120100415> (15.08.2010).
- EU NAVFOR 2010: *EU NAVFOR's Seek, Disrupt and Destroy Policy Continues it's Success*, 02.05.2010.
<http://www.eunavfor.eu/2010/05/eu-navfors-seek-disrupt-and-destroy-policy-continues-its-success/> (10.08.2010).
- Faure, Guy Olivier 2008: *Negotiating with Terrorists: A Discrete Form of Diplomacy*, in: *The Hague Journal of Diplomacy*, 3 (2), 179-200.
- Flyvbjerg, Bent 2001: *Making Social Science Matter. Why Social Inquiry Fails and How It Can Succeed Again*, Cambridge/New York.
- Galtung, Johann 1975: *Three Approaches to Peace: Peacekeeping, Peacemaking and Peacebuilding*, in: Galtung, Johan Galtung (Hg.): *Peace, War and Defence - Essays in Peace Research*, Copenhagen.
- Garowe Online 2010: *Somalia: Puntland Forces Arrest Wanted Pirate in Garowe*, 18.05.2010.
http://www.garoweonline.com/artman2/publish/Somalia_27/Somalia_Puntland_forces_arrest_wanted_pirates_in_Garowe.shtml (15.08.2010).



- Germond, Basil/Smith, Michael 2009: Re-Thinking European Security Interests and the ESDP: Explaining the EU's Anti-Piracy Operation, in: *Contemporary Security Policy*, 30 (3), 573-593.
- Goodhand, Jonathan/Sedra, Mark 2010: Who Owns the Peace? Aid, Reconstruction, and Peacebuilding in Afghanistan, in: *Disasters*, 34 (1), 78-102.
- Guilfoyle, Douglas 2010a: Counter-Piracy Law Enforcement and Human Rights, in: *International and Comparative Law Quarterly*, 59 (1), 141-169.
- Guilfoyle, Douglas 2010b: Piracy off Somalia and the Gap between International Law and National Legal Systems, Paper Presented at the 51st Annual Conference of the International Studies Association (ISA), 17.-20.02.2010, New Orleans.
- Hansen, Stig Jarle 2009: Piracy in the Greater Gulf of Aden. Myths, Misconception and Remedies, NIBR Report 29/2009, Oslo: Norwegian Institute for Urban and Regional Research.
- Healy, Sally/Sheik, Hassen 2009: Somalia's Missing Million: The Somali Diaspora and its Role in Development, Nairobi.
- ICC-IMB (International Maritime Bureau) 2010: Piracy and Armed Robbery against Ships. Annual Report: 1 January - 31 December 2009, London.
- ICC-IMB (International Maritime Bureau) 2011: Piracy and Armed Robbery against Ships. Annual Report: 1 January - 31 December 2010, London.
- International Crisis Group 2010: Somalia's Divided Islamists, Nairobi/Brussels.
- Ki-Moon, Ban 2010: Report of the Secretary-General on possible options to further the aim of prosecuting and imprisoning persons responsible for acts of piracy and armed robbery at sea off the coast of Somalia, including, in particular, options for creating special domestic chambers possibly with international components, a regional tribunal or an international tribunal and corresponding imprisonment arrangements, taking into account the work of the Contact Group on Piracy off the Coast of Somalia, the existing practice in establishing international and mixed tribunals, and the time and resources necessary to achieve and sustain substantive results, (UN Doc S/2010/394, 26.03.2010), New York.
- Kleiner, Juergen 2006: Diplomacy with Fundamentalists: The United States and the Taliban, in: *The Hague Journal of Diplomacy*, 1 (3), 209-234.
- Knopf, Jeffrey 2010: The Fourth Wave in Deterrence Research, in: *Contemporary Security Policy*, 31 (1), 1-33.
- Kontorovich, Eugene 2004: The Piracy Analogy: Modern Universal Jurisdiction's Hollow Foundation, *Harvard International Law Journal*, 45 (1), 183-237.
- Kraska, James /Wilson, Brian 2009a: The Global Maritime Partnership and Somali Piracy, in: *Defense & Security Analysis*, 25 (3), 223-234.
- Kraska, James /Wilson, Brian 2009b: The Pirates of the Gulf of Aden: The Coalition is the Strategy, in: *Stanford Journal of International Law*, 45 (2), 243-286.



- Leeson, Peter T. 2009: The Laws of Lawlessness, in: *The Journal of Legal Studies*, 38 (2), 471-503.
- Lindblom, Charles E. 1990: *Inquiry and Change. The Troubled Attempt to Understand & Shape Society*, New Haven/London.
- Lindley, Anna 2009: Between 'Dirty Money' and 'Development Capital': Somali Money Transfer Infrastructure under Global Scrutiny, in: *African Affairs*, 433 (108), 519-539.
- Manjikian, Mary 2008: Diagnosis, Intervention, and Cure: The Illness Narrative in the Discourse of the Failed State, in: *Alternatives: Global, Local, Political*, 33 (3), 335-357.
- Menkhaus, Ken 2007: Governance without Government in Somalia. Spoilers, State Building, and the Politics of Coping, in: *International Security*, 31 (3), 74-106.
- Menkhaus, Ken 2010: Somalia: 'They Created a Desert and Called it Peace(building)', in: *Review of African Political Economy*, 36 (120), 223-233.
- Murphy, Martin N. 2009: *Small Boats, Weak States, Dirty Money. Piracy and Maritime Terrorism in the Modern World*, London.
- NATO 2010: Minister of Puntland State of Somalia visits NATO flagship, Standing NATO Maritime Group 2, 02.08.2010.
<http://www.manw.nato.int/pdf/Press%20Releases%202010/Jun%20-%20Dec%202010/SNMG2/SNMG2%202010%2031.pdf> (15.08.2010).
- Notten, Michael van 2005: *The Law of the Somalis: A Stable Foundation for Economic Development in the Horn of Africa*, Lawrenceville, N.J.
- Pandya, Amit A./Herbert-Burns, Rupert/Kobayashi, Junko 2011: *Maritime Commerce and Security: The Indian Ocean*, Washington, D.C.
- Paris, Roland 2010: Saving Liberal Peacebuilding, in: *Review of International Studies*, 36 (2), 337-365.
- Poulligny, Béatrice 2006: *Peace Operations seen from below. UN Missions and Local People*, London.
- Renders, Marleen/Terlinden, Ulf 2010: Negotiating Statehood in a Hybrid Political Order: The Case of Somaliland, in: *Development and Change*, 41 (4), 723-746.
- Richmond, Oliver P. 2004: The Globalization of Responses to Conflict and the Peacebuilding Consensus, in: *Cooperation and Conflict*, 39 (2), 129-150.
- Rittel, Horst W. J./Webber Melvin M. 1973: Dilemmas in a General Theory of Planning, in: *Policy Sciences*, 4 (2), 155-169.
- Rodgers, Dennis 2006: The State as a Gang: Conceptualizing the Governmentality of Violence in Contemporary Nicaragua, in: *Critique of Anthropology*, 26 (3), 315-330.
- Schmid, Alex P. 1996: The Links between Transnational Organized Crime and Terrorist Crime, in: *Transnational Organized Crime*, 2 (4), 40-82.



- Sekulich, Daniel 2009: *Terror on the Seas. True Tales of Modern-Day Pirates*, New York.
- Sörenson, Karl 2008: *State Failure on the High Seas – Reviewing the Somali Piracy* (FOI, Swedish Defence Research Agency, Somalia Papers, Report 3/2008), Stockholm.
- Struwe, Lars Bangert 2009: *For a Greater Horn of Africa Sea Patrol. A Strategic Analysis of the Somali Pirate Challenge*, Copenhagen.
- Thaaror, Ishaan 2010: 'As Patrols Increase, Pirates Widen Their Reach', *Time.com*, 27.04.2010.
<http://www.time.com/time/world/article/0,8599,1984473,00.html>
(01.05.2010).
- Treves, Tullio 2009: *Piracy, Law of the Sea, and Use of Force: Developments off the Coast of Somalia*, in: *European Journal of International Law*, 20 (2), 399-414.
- Ukiwo, Ukoha 2007: *From "Pirates" to "Militants": A Historical Perspective on Anti-State and Anti-Oil Company Mobilization among the Ijaw of Warri, Western Niger Delta*, in: *African Affairs*, 106 (425), 587-610.
- UN Monitoring Group on Somalia and Eritrea 2011: *Report of the Monitoring Group on Somalia and Eritrea Pursuant to Security Council Resolution 1910 (2010)* (UN Doc S/2011/433, 18.07.2011), New York.
- UN Monitoring Group on Somalia 2010: *Report of the Monitoring Group on Somalia Pursuant to Security Council Resolution 1853 (2008)* (UN Doc S/2010/91, 10.03.2010), New York.
- UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime) 2010: *Counter Piracy Program Strategy Paper. Combating Maritime Piracy in the Western Indian Ocean*, Wien.
- UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime) 2011: *Counter-Piracy Programme. Support to the Trials and Related Treatment of Piracy Suspects. Issue Six*, Wien.
- UNSC 2008: *UNSC Resolution 1816* (UN Doc. S/RES/1816, 02.06.2008), New York.
- Vennesson, Pascal/Bueger, Christian 2010: *Coping with Insecurity in Fragile Situations*, (Robert Schuman Centre for Advanced Studies, European Report on Development, EUI Working Papers RSCAS 37/2010), Florenz.
- Weinstein, Jeremy A. 2011: *Somalia: Al-Shabaab's Split and its Absorption of Hizbul Islam* [Intelligence Brief], *Garowe Online*, 08.01.2011.
http://www.garoweonline.com/artman2/publish/Somalia_27/Somalia_Al-Shabaab_s_Split_and_its_Absorption_of_Hizbul_Islam_Intelligence_Brief.shtml (20.01.2011).
- Williams, Paul 2009: *Into the Mogadishu Maelstrom: The African Union Mission in Somalia*, in: *International Peacekeeping*, 16 (4), 514-530.



Winn, John I./Govern, Kevin H.: 2008: Maritime Pirates, Sea Robbers, and Terrorists: New Approaches to Emerging Threats, in: *The Homeland Security Review*, 2 (2), 131-156.

Woodward, Susan L. 2007: Do the Root Causes of Civil War Matter? On Using Knowledge to Improve Peacebuilding Interventions, in: *Journal of Intervention and Statebuilding*, 1 (2), 143-170.

Zuletzt erschienene INEF-Reporte

- Hippler, Jochen:** Strategische Grundprobleme externer politischer und militärischer Intervention – Unter besonderer Berücksichtigung der Krisensituationen des Nahen und Mittleren Ostens. Duisburg (INEF-Report 103/2011), 56 S.
- Werthes, Sascha/Heaven, Corinne/Vollnhals, Sven:** Assessing Human Insecurity Worldwide. The Way to a Human (In)Security Index. Duisburg (INEF-Report 102/2011), 62 pp.
- Meyns, Peter/Musamba, Charity (eds.):** The Development State in Africa. Problems and Perspectives. Duisburg (INEF-Report 101/2010), 68 pp.
- INEF (Hrsg.):** Sonderheft. Entwicklung, Frieden und Global Governance: Ein Rückblick auf 100 Ausgaben des INEF-Reports, 27 S.
- Kurtenbach, Sabine/Seifert, Matthias:** Development Cooperation after War and Violent Conflict - Debates and Challenges. Duisburg (INEF-Report 100/2010), 44 pp.
- Pech, Birgit:** Korruption und Demokratisierung. Rekonstruktion des Forschungsstandes an den Schnittstellen zu Institutionenökonomik und politischer Transformationsforschung. Duisburg (INEF-Report 99/2009), 36 S.
- Goede, Nils:** Die Intervention der Vereinten Nationen in Somalia. Eine Analyse der Entscheidungsprozesse im Sicherheitsrat für die Resolution 794. Duisburg (INEF-Report 98/2009), 42 S.
- Wulf, Herbert (Hg.):** Still Under Construction. Regional Organisations' Capacities for Conflict Prevention. Duisburg (INEF-Report 97/2009), 56 S.
- Nuscheler, Franz:** Good Governance. Ein universelles Leitbild von Staatlichkeit und Entwicklung? Duisburg (INEF-Report 96/2008), 68 pp.
- Siebold, Thomas:** Armutsorientierte Entwicklung mithilfe von PRSPs? Eine Zwischenbilanz für Subsahara-Afrika. Duisburg (INEF-Report 95/2008), 63 S.
- Bliss, Frank/Neumann, Stefan:** Participation in International Development Discourse and Practice: „State of the Art“ and Challenges. Duisburg (INEF-Report 94/2008), 72 S.



Einzelexemplare können gegen Rechnung schriftlich beim INEF bestellt werden:
Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen,
Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, D-47048 Duisburg.
Kosten je Report: 3,00 Euro (innerhalb Deutschlands) bzw. 5,00 Euro (innerhalb Europas).
Bestellformulare finden Sie auf unserer Homepage.
Alle INEF-Reporte stehen im Internet zum kostenfreien Download zur Verfügung:
<http://inef.uni-due.de>

Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), das im Jahr 1990 gegründet wurde, ist eine Forschungseinrichtung der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen am Campus Duisburg. Es kooperiert eng mit der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Bonn, die 1986 auf Initiative des früheren Bundeskanzlers und Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt gegründet wurde.

Das INEF verbindet wissenschaftliche Grundlagenforschung mit anwendungsorientierter Forschung und Politikberatung in folgenden Bereichen: Global Governance und menschliche Sicherheit, fragile Staaten, Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung sowie Entwicklung, Menschenrechte und Unternehmensverantwortung.

Der spezifische Ansatz des INEF, das als einziges Forschungsinstitut in Deutschland Fragen an der Schnittstelle von Entwicklung und Frieden bearbeitet, spiegelt sich auch im breiten Spektrum der Drittmittelgeber wider. Das INEF führt, oft in Kooperation mit nationalen sowie internationalen Partnern, eigene Forschungsprogramme durch und erschließt systematisch internationale Expertise und Weltberichte. Projekte führt das INEF auch für nicht-staatliche Organisationen (NGOs) und NGO-Netzwerke durch. Das Institut ist in ein internationales Forschungsnetzwerk eingebettet.

Leitung und Vorstand

Direktor: Prof. Dr. Tobias Debiel

Wissenschaftliche Geschäftsführerin: Dr. Cornelia Ulbert

Vorstand: Prof. Dr. Tobias Debiel (Sprecher); Prof. Dr. Christof Hartmann (stellv. Sprecher); Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte (Dekan der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften); Dr. Brigitte Hamm; Prof. Dr. Thomas Heberer; Prof. Dr. Claus Leggewie; Max Meßling; Prof. Dr. Dirk Messner; Prof. Dr. Werner Pascha; Prof. Dr. Susanne Pickel; Ursula Schürmann; Prof. PhD. Karen Shire; Prof. Dr. Harald Welzer; beratend: apl. Prof. i.R. Michael Bohnet; Prof. i.R. Dr. Othmar Haberl; Prof. i.R. Dr. Peter Meyns; Prof. em. Dr. Franz Nuscheler.

Die Reihe INEF-Report

In den INEF-Reporten werden wichtige Arbeitsergebnisse aus den Forschungsprojekten des Instituts publiziert. Die INEF-Reporte erscheinen in unregelmäßiger Reihenfolge.



FAKULTÄT FÜR
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Lotharstr. 53 D - 47057 Duisburg
Telefon +49 (203) 379 4420 Fax +49 (203) 379 4425
E-Mail: inef-sek@inef.uni-due.de
Homepage: <http://inef.uni-due.de>